

Mütter gegen Atomkraft – Fundus

Briefe und Briefaktionen der „Mütter gegen Atomkraft“ Regensburg:

So verfasste Anfang November 1986 Eva Kyewski, die Gründerin und damalige Erste Vorsitzende der Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“, ein Schreiben an das Bayerische Landwirtschaftsministerium, um Zugang zu eventuellen Messdaten radioaktiver Verstrahlung von Lebensmitteln zu erhalten. Auf diese Weise wollte die Verfasserin die Öffentlichkeit über mögliche Gefährdungen informieren, wobei sie am 07.01.1987 einen weiteren Brief folgen ließ, nachdem die Antwort seitens des Ministeriums vom 03.12.1986 die Bedenken der Mitglieder des Vereins nicht hatte ausräumen können:

MÜTTER GEGEN
ATOMKRAFT

An das Bayerische
Landwirtschaftsministerium
8000 München

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Ortsgruppe Regensburg der „Mütter gegen Atomkraft“ hat in einem offenen Brief, der als Anlage beiliegt, der Sorge Ausdruck gegeben, daß die Strahlenmeßwerte der Milch und Milchprodukte zu Beginn der Winterfütterung stark ansteigen werden.

Bei den Recherchen dazu wurde uns vom Milchwerk Regensburg mitgeteilt, daß von Ihrem Amt eine umfassende Probenuntersuchung durchgeführt werde. Erste Teilergebnisse in Form einer Prognose für die bayerischen Regierungsbezirke fanden wir auch schon im „Bayerischen Landwirtschaftlichen Wochenblatt“ vom 31. Oktober im Heft 44 abgedruckt. Darin hieß es auf S. 16 auch: „Weitere Informationen sind an den Ämtern für Landwirtschaft zu erhalten, vor allem auch darüber, wie es mit der radioaktiven Belastung bis hinunter zur Gemeindeebene aussieht.“

Ein Vertreter des Amtes für Landwirtschaft Regensburg teilte mir auf meine telephonische Anfrage hin mit, daß eine Herausgabe der Meßdaten aus Gründen des Datenschutzes nicht möglich sei. Er konnte keine Zahlenwerte nennen und verwies mich an Ihr Ministerium nach München.

Bitte teilen Sie uns jetzt mit, ob und wie wir nun Zugang zu den für uns wichtigen Meßdaten erlangen können. DIESE ERGEBNISSE SIND DESHALB SO WICHTIG, WEIL DANN DEN BESONDERS GEFÄHRDETEN GRUPPEN, WIE SCHWANGEREN, KRANKEN UND FAMILIEN MIT KLEINEN KINDERN, KONKRETE ERNÄHRUNGSHINWEISE GEGEBEN WERDEN KÖNNEN.

Der Datenschutz kann ja ganz einfach gewahrt bleiben, indem die Meßergebnisse ohne Namen der einzelnen Höfe herausgegeben werden.

Gerade die große Anzahl der Einzelproben (über 7000) würde gute Rückschlüsse bis auf Gemeindeebene und Stadtteile zulassen. Wir bitten deshalb um möglichst schnelle Auskunft darüber, wann und ob wir mit der Zusendung der Auswertung rechnen dürfen oder was wir tun müssen, um in den Besitz dieser Meßdaten zu gelangen.

Um der Notwendigkeit der breiteren Bekanntgabe dieser Daten Nachdruck zu verleihen, unterstützen uns folgende Vereine, Initiativen und Personen, die sich am 5. November in Regensburg treffen.

Bitte nehmen Sie so rasch wie möglich mit uns Kontakt auf:

Kontaktadresse: wie oben angegeben!

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen: Offener Brief

Unterstützerunterschriften



07.02.1987

Ihr Schreiben vom 03.12.1987

Ihr Zeichen: M 5 - 8720 - 122

Bayer. Staatsministerium für Ernährung.

Landwirtschaft und Forsten

Postfach

8000 München 22

Sehr geehrte Damen und Herren,

in Ihrem Antwortschreiben auf unseren Brief vom 05. November 1986 werden unsere Bedenken nicht ausgeräumt und auf unsere konkreten Fragen nicht in ausreichender Weiser eingegangen! Wir bitten deshalb darum, diesen Brief, der noch detailliertere Fragen beinhaltet und Ihr Antwortschreiben mit einbezieht, gewissenhafter und rascher zu behandeln.

Hier unsere Fragen:

1. Welche Empfehlungen wurden bzw. werden den Bauern bezüglich der Verfütterung des 1. Schnittes gegeben? (Zeitpunkt, Prozentanteil ...) Werden die Landwirte über das gesundheitliche Risiko im Umgang mit dem zum Teil hochgradig verstrahlten Heu (über 10 000 Bq/kg) aufgeklärt und zu entsprechenden Schutzvorkehrungen angehalten?

2. Haben Sie eine Kontrolle, ob die Bauern die von Ihnen gegebenen Empfehlungen auch beherzigen? Wie sieht diese Kontrolle aus?

3. Wie viele Landwirte konnten Sie direkt informieren? Alle, oder nur eine gewisse Prozentzahl, oder nur die, die solche Informationen bei Ihnen angefordert haben?

4. Werden außer Bentonit auch noch andere Stoffe zur Beimengung empfohlen, und wenn in welcher Dosierung? Liegen Untersuchungen vor, die Auswirkungen auf die Gesundheit der Tiere überprüften. Welche Ergebnisse gibt es hier? Gelangen diese Stoffe in Spuren auch in die Endprodukte (Milch oder Fleisch)? Wenn ja, welche Untersuchungen gibt es hinsichtlich einer Gesundheitsgefährdung durch diese Stoffe?

5. Sie sagen, daß 1x wöchentlich Proben der Trinkmilch aller Molkereien eingeschickt werden.

- Wo werden diese Messungen durchgeführt?
- Welche Nuklide werden dabei untersucht?
- Wird auch auf Strontium untersucht? (Gefährlich schon in kleinsten Mengen!)
Wenn nein, warum nicht?
- Wo kann der Normalverbraucher diese Werte erfahren? -
- Mit welcher zeitlicher Verzögerung sind Ihnen Meßwerte bekannt und gelangen in die Öffentlichkeit?
- Wie werden die Proben erhoben?
- Fürchten Sie nicht, daß Molkereien Ihnen Proben schicken, von denen sie wissen, daß sie geringer belastet sein könnten, als die im Laden erhältlichen, abgepackten!
- Lassen Sie Milchprodukte auch untersuchen? Welche? In welcher Anzahl? (Jedes Produkt 1x wöchentlich?)

6. Wer garantiert, daß die Auskünfte, die man telephonisch von den Molkereien erhält, tatsächlich stimmen? Wer ist verantwortlich, wenn man uns anlügt?

7. Da empfohlen wird, den belasteten 1. Schnitt an Masttiere zu verfüttern, steigen auch die Cäsiumwerte im Fleisch? Wo und wie werden hier Kontrollen durchgeführt?

Wie kann der Verbraucher erfahren, wie hoch die aktuelle Cäsiumbelastung in Fleisch- und Wurstwaren liegt? Hat ein Metzger Anspruch auf kostenlose Untersuchung seiner angelieferten Waren, um seinen Verbrauchern Auskunft über Belastungen geben zu können?

8. Es ist eigenartig, daß die Regierungsstellen Mittelberechnungen für Futtermittel nicht für legitim bzw. aussagekräftig halten, aber Luftmeßwerte über riesige Regionen hin im Mittel für genügend hielten (Regensburg!). Warum werden Auswertungen wie in der LW 48 vom 29.11.1986, wo die Futtermitteluntersuchungen aufgeschlüsselt nach Landkreisen wiedergegeben sind, nicht einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht (z.B. in Ihrer Presseerklärung vom 01. Dezember)? Warum ist nicht auch eine noch bessere Aufschlüsselung mindestens bis herunter auf Gemeindeebene möglich? Datenschutz ist doch nur dann nicht mehr gewährleistet, wenn Werte in Verbindung mit Namen oder kleineren Orten genannt werden, so daß Rückschlüsse auf einzelne Höfe möglich wären, was sicher bei Erstellung einer Auswertung auf Gemeindeebene nicht möglich ist! Anderenfalls wären ja viele andere Statistiken Ausdruck von Verstößen gegen das Datenschutzgesetz!

Bitte nehmen Sie dazu Stellung



9. Die zulässigen EG-Grenzwerte, auf die Sie verweisen, liegen auch nach Einschätzung anerkannter Wissenschaftler (siehe alternative „Bund-Strahlenkommission“) viel zu hoch! Es wird zum Beispiel von dem Radiologen Klaus Dieter Lischka und dem Physiker Joachim Wernike vertreten, daß Kleinkinder zehnmals und Ungeborene im Mutterleib hundertmal strahlenempfindlicher sind als Erwachsene. Da ein Erwachsener aber bei einer Nahrungsaufnahme, die mit 15-23 Bq/kg belastet ist, den in der Strahlenschutzverordnung vorgesehenen Wert von 30 Millirem/Jahr bereits erreicht, können Sie sicher nicht leugnen, daß bereits Belastungen von 10 und mehr Bq/kg in der Milch für Risikogruppen zur Gesundheitsgefährdung führen können. Sind Sie hier anderer Meinung? Warum?

10. Wie hoch definieren Sie „unbedenklicher Bereich“?

11. Wie viele Betriebe sind Spezialbetriebe und können daher Ihre Empfehlungen, an Jungvieh oder „später zum Verkauf anstehendes Mastvieh“ zu verfüttern, gar nicht befolgen?

Wie hoch liegen in solchen reinen Milchviehbetrieben die gemessenen Cäsiumwerte (Transferfaktor!)

12. Der in der Presseerklärung Ihrer Behörde abgedruckte Satz: „Nicht nur die Bauern handeln in ureigenem Interesse, auch das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sorgt für qualitativ hochwertige und für die Gesundheit der Bevölkerung unbedenkliche Nahrungsmittel“ ist eine ungeheure Pauschalisierung, wenn Sie zur „Bevölkerung“ auch Kleinkinder und Ungeborene im Mutterleib zählen. So kann eine Milch, die höher als 10, maximal 20 Bq/kg Cäsium aufweist, nicht pauschal als „für die Gesundheit unbedenkliches Nahrungsmittel“ eingestuft werden! Alle Wissenschaftler sind sich einig, daß jede noch so geringe Strahlung ein zusätzliches Risiko hinsichtlich zu erwartender Spätschäden (Krebs oder Veränderung der Erbanlagen) darstellt. Das Minimierungsgebot der Strahlenschutzverordnung gilt ja nach wie vor, wird jedoch zur Zeit von staatlicher Seite „mit Füßen getreten“ (siehe Klärschlammabbringung, Verfütterung des 1. Schnitts ...)

Nehmen Sie bitte Stellung!

13. Unser offener Brief vom 20.10. wird hiermit nachgereicht. Bitte nehmen Sie zu unserer vorgeschlagenen Lösung (Endlagerung und Ersatzbeschaffung!) Stellung:

1. Wurde überhaupt eine Erhebung der Menge des eingelagerten Winterfutters (und speziell des 1. Schnitts) gemacht?
2. Wie viel Heu hätte ersetzt werden müssen und was hätte dies gekostet?
3. Wie stehen Sie zu unserer Forderung nach extra abgepackter und mit Aufdruck versehener „Kindermilch“.
4. Würden Sie Molkereien, die diese Forderung rein theoretisch für praktikabel halten, unterstützen?
5. Wie stehen Sie zum Aufdruck der Cäsiumwerte auf Lebensmittel?

Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie unsere Fragen so rasch wie möglich beantworten könnten, da sonst der aktuelle Bezug verloren geht. Die Cäsiumwerte dürften ja jetzt gerade am höchsten sein – oder ist etwa zu späterem Zeitpunkt noch ein Anstieg zu erwarten?

Falls eine Beantwortung aller Fragen sofort nicht möglich ist, wie etwa bei Frage 13./2 hätten wir durchaus Verständnis, wenn Sie uns in „Etappen“ antworten. Aber wir wollen wirklich alle unsere Fragen schnell und ausführlich beantwortet wissen, da wir sonst berechtigte Zweifel an der Gewissenhaftigkeit unserer staatlichen Ausführungsorgane hegen müßten.

In Erwartung Ihrer baldigen, ausführlichen Antwort verbleiben wir

mit freundlichen Grüßen

i.A. Eva Kyewski
Mütter gegen Stomkraft e.V.
Ortsgruppe Regensburg

Anlagen: Offener Brief vom 20.10.1986

P.S. Dieser Brief geht in Kopie auch an verschiedene Presseorgane!
Auch die anderen AKW-Gruppen Regensburgs warten mit Interesse auf Ihre Antwort!



Eine weitere Briefaktion Thea Schollers im Namen der Gruppe am 24.11.1986 verfolgte das Ziel, die „Landesvereinigung der Bayerischen Milchwirtschaft e.V.“ dazu zu bewegen, eine geplante Schulmilch-Aktion „Bayerische Schulmilchmeisterschaften“ aufgrund der aktuellen Strahlenbelastung zu verschieben, wobei sich die Landesvereinigung laut ihrer Antwort vom 19.12.1986 diesem Anliegen nicht verschloss und ihre Aktion erst zu einem späteren Zeitpunkt im kommenden Jahr durchführen wollte.

Herrn
Mairack
Landesvereinigung der
Bayr. Milchwirtschaft
Kaiser-Ludwig-Platz
8000 München

Sehr geehrter Herr Mairack,

die bayerischen Milchwerke veranstalten in der Zeit von Januar - März 1987 ein Preisauschreiben zur Ermittlung des bayerischen Schulmilchmeisters 1987. Milch ist ein gesundes Nahrungsmittel und soll deshalb auch mehr von Kindern getrunken werden, als dies bisher der Fall war, jedoch gilt dies nicht für diesen Winter.

In den Scheunen und Silos lagert der verstrahlte erste Grasschnitt nach der Reaktor Katastrophe von Tschernobyl, der in hochbelasteten Gebieten zwischen 10 000 - 12 000 Bq/Cs 134 und Cs 137 pro 1 kg Heu beträgt.

In der Landesanstalt für Tierzucht in Gurb wurde gleich nach dem Reaktorunfall eine Untersuchungsreihe mit Milchkuhen begonnen, die mit radioaktiv belasteterer Nahrung gefüttert wurden. Dabei ergaben sich rund 200 Bq Cs 137 und 100 Bq Cs 134 pro 1 Liter Milch (SZ 30/31.8.86).

Nach dem Ministerialblatt des Bundesministers des Inneren 1979 beträgt die Höchstgrenze für die Ganzkörperbestrahlung durch Cs 137, Cs 134, Sr 89 und Sr 90 für ein Kleinkind 30 Bq/tgl., für Erwachsene 55 Bq/tgl..

Die Winterfütterung begann Anfang November, somit steigt auch die Belastung der Milch durch Cäsium und Strontium seit diesem Zeitpunkt.

Es ist daher im Hinblick auf die Gesundheit unserer Kinder, a l l e r Kinder, unverantwortlich, eine solche Milchtrinkaktion in diesem Winter durchzuführen.

Wir appellieren an Sie, aus den oben genannten Gründen dieses Preisauschreiben auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben und die Schulleiter entsprechend zu informieren. Wir bitten Sie, uns Ihre Entscheidung mitzuteilen.

Mit freundlichen Grüßen

LANDESVEREINIGUNG DER BAYERISCHEN MILCHWIRTSCHAFT E.V.
Kaiser-Ludwig-Platz 2 · 8000 München 2 · Fernsprech-Nr. (0 89) 53 03 41-43

Landesregierung, B. Bayer. Milchwirtschaft e.V. Post 151240 · München 19

Milchwerke Regensburg aG
Donaufauststraße 87
8400 Regensburg

Ihre Zeichen: Ihre Nachricht vom: Unser Zeichen: MÜNCHEN 19.12.1986
Bu/h

Betreff: Geplante Schulmilch-Aktion "Bayerische Schulmilchmeisterschaften", 12.01. - 31.03.1987

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach gründlicher Abwägung aller Für und Wider bezüglich der Durchführung dieser Schulmilch-Aktion möchten wir Sie auf einen späteren Zeitpunkt - z.B. 27.04. - 05.06.1987 - verschieben.

Diese Entscheidung ist uns sehr schwer gefallen.

Aufgrund der derzeitigen aktuellen Situation und nach Abstimmung mit den zuständigen Verbänden bitten wir jedoch um Ihr Verständnis und hoffen, daß Sie bei der nächsten Aktion wieder dabei sind.

Da uns die Adressen der Schulen, die mitmachen hätten, zum größten Teil nicht bekannt sind, erlauben wir uns, Ihnen ein Schreiben zur Information dieser Schulen beizufügen.

Mit freundlichen Grüßen
J.A.
Thea Scholler
Direktor

Anlage

Auch auf die Politik versuchten wir „Mütter gegen Atomkraft“ Einfluss zu nehmen, indem wir beispielsweise vor Wahlen Podiumsdiskussionen organisierten, um die Haltung der einzelnen Parteien zu Fragen der Atomnutzung zu eruieren. In diesem Zusammenhang wandten wir uns am 07.10.1986 mit der folgenden Stellungnahme an die Öffentlichkeit, nachdem eine von den „Müttern gegen Atomkraft“ initiierten Podiumsdiskussion „Frauen fragen Politikerinnen zur zukünftigen Energiepolitik“ am Mittwoch 01. Oktober 1986 um 20:00 Uhr im Regensburger „Leeren Beutel“ von der Stadt-CSU boykottiert worden war:

Zur Podiumsdiskussion

„Frauen fragen Politikerinnen zur zukünftigen Energiepolitik“ am Mittwoch, 01. Oktober 1986, 20.00 Uhr im „Leeren Beutel“.

Offener Brief besorger Regensburger Eltern

Nach dem sowjetischen Reaktorunfall in Tschernobyl wurde gerade von Seiten namhafter CDU-/CSU-Politiker und Politikerinnen immer wieder versichert, wie ernst die C-Parteien die Sorgen und Ängste der Bundesbürger hinsichtlich der Atomenergie nähmen.

Davon aber war bei der Diskussionsveranstaltung „Frauen fragen Politikerinnen zur zukünftigen Energiepolitik“, durchgeführt von der Ortsgruppe Regensburg der „MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT e.V.“ und der Ortsgruppe des „BUND NATURSCHUTZ i. B. e. V.“ leider nichts zu merken. Während von den übrigen eingeladenen Parteien, SPD, Grüne, ÖDP und FDP jeweils Vertreterinnen erschienen waren, glänzte die Vertreterin der größten bayerischen Partei, der CSU, - geladene war Frau Ingeborg Strobel – durch Abwesenheit. Nachdem sie die Veranstalter lange Zeit hingehalten hatte und sich erst nach einem erneuten Einladungsschreiben zu einer Absage „aus Termingründen“ bequeme, fand sich auch kein anderer Vertreter der CSU bereit, die energiepolitischen Vorstellungen seiner Partei zu erläutern und öffentlich zu vertreten und sich den Fragen der zahlreich erschienenen Regensburger Frauen und der Diskussion mit ihnen zu stellen.

Entweder ist die CSU in der Frage der zukünftigen Energiepolitik nicht diskussionsfähig, dies ein Zeichen von Inkompetenz und geistiger Armut, oder aber nicht diskussionsbereit, dies ein Zeichen von Arroganz und Demokratiefeindlichkeit. Vielleicht paßt es einfach besser ins „Denk“muster unserer „Staatspartei“, Kernkraftgegner zu diffamieren und ihre Ängste lächerlich zu machen sowie mit Reizgas und Diastanzwaffen gegen sie vorzugehen, als sich einer friedlichen und offenen Diskussion zu stellen, wie dies einer demokratischen Partei würdig wäre. Während doch sonst für jeden Bieranstich mindestens drei CSU-Politiker in den Startlöchern stehen, entzieht man sich lieber der ungeliebten Diskussion mit Andersdenkenden.

Der Glaubwürdigkeit und dem Ansehen der CSU haben die nicht erscheinenden Vertreterinnen dieser Partei gewiß einen schlechten Dienst erwiesen. Es wäre zu wünschen, daß die vielen um das Leben und die Gesundheit ihrer Kinder besorgten Frauen in Regensburg und anderswo in Bayern der CSU dieses Desinteresse nicht vergessen würden.

Im Vorfeld dieser Diskussion hatten wir Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ einen ausführlichen Fragenkatalog erarbeitet und auch unsere Positionen dargelegt. Diesen Fragenkatalog hatten wir den angeschriebenen Vertreterinnen der Parteien zugesandt, um den Letzteren die Möglichkeit zu geben, sich auf die Diskussion vorzubereiten.



„Fragenkatalog zur Aktion „Wir befragen Politiker“

erarbeitet von den „Müttern gegen Atomkraft“ Regensburg

- Wir fordern sofortige Maßnahmen zur Einstellung von Betrieb, Bau und Planung aller Kernkraftwerke. Unterstützen Sie diese Forderung und welche Maßnahmen würde Ihre Partei ergreifen, um dieses Ziel durchzusetzen?
- Wir sind der Meinung, daß der Bau der WAA aus ökologischen, ökonomischen, gesundheitlichen und ethischen Gründen sofort gestoppt werden muß. Welche Möglichkeiten sehen Sie für gemeinsame Bemühungen die Inbetriebnahme der WAA zu verhindern?
Wie stehen Sie dazu, daß evtl. ein Brennelementelager in Wackersdorf gebaut wird?
- Existieren für Regensburg Stadt und Landkreis Katastrophenschutzpläne für den Fall, daß in OHU oder in der WAA Unfälle passieren? Können diese Pläne, falls vorhanden, von jedermann eingesehen werden, bzw. sind Ihnen Inhalte daraus bekannt? Welche Verhaltensmaßregeln sind vorgegeben, wenn es zu entsprechenden atomaren Unfällen kommt? Sind Sie der Meinung, daß solche Katastrophenschutzpläne überhaupt anwendbar und sinnvoll sind?
- Die Regierung hat in Hinblick auf die Erfahrungen mit dem Unfall in Tschernobyl ein „Ministerium für Umwelt und Reaktorsicherheit“ geschaffen. Minister Wallmann wurde durch das kürzlich in Kraft getretene „Strahlenschutzvorsorgegesetz“ mit umfangreichen Vollmachten ausgestattet. Unter anderem hat er im Notfall allein das Recht Grenzwerte festzusetzen und Empfehlungen an die Bevölkerung zu geben. Was halten Sie von diesem Gesetz? Halten Sie Änderungen dieses Gesetzes für nötig und wenn ja welche?
- Wir fordern, daß bei der Novellierung der „Strahlenschutzverordnung“, die den Normalbetrieb von kernertechnischen Anlagen regelt, folgende Überlegungen mit einbezogen werden müssen:
- Bei der Errechnung der sog. „effektiven Dosis“ dürfen die Wichtungsfaktoren, die die relative Empfindlichkeit der einzelnen Organe kennzeichnen, nicht allein nach der Sterblichkeitsrate beurteilt werden, sonst blieben die nicht direkt zum Tode führenden Erkrankungen unberücksichtigt (z.B. liegt bei der Schilddrüse die Zahl der Erkrankungen an Krebs 40mal höher als die Sterblichkeit).
- Bei sämtlichen Berechnungen müssen auch Risikogruppen wie Kleinkinder, Babys, Stillende, Schwangere und Kranke mit einbezogen werden. Bisher wird nur zwischen Erwachsenen und Kleinkindern unterschieden, wobei der Standard-Erwachsene üblicherweise gesund, männlich, von mittlerem Alter und 80 kg schwer ist, das Kleinkind 10 kg wiegt und nur von Milch ernährt wird!
- Das Ungeborene im Mutterleib, das noch viel strahlenempfindlicher ist als Kleinkinder, ist zurzeit noch überhaupt nicht berücksichtigt.
- Die Grenzwerte der Strahlenschutzverordnung dürfen keinesfalls je nach aktueller Lage angepasst, also nach einem Unfall erhöht werden, sondern müßten eher gesenkt werden, da wissenschaftlich unbestritten ist, daß jede auch noch so geringe radioaktive Strahlung Schäden verursacht. Schließen Sie sich diesen Forderungen an und werden Sie darauf hinwirken, daß wenigstens das Minimierungsgebot eingehalten wird? (Klärschlamm, Molke, Hausstaub) Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie in dieser Hinsicht ergreifen?
- Der Stadt Rottweil ist die „Theodor-Heuß-Medaille“ für ihre Bemühungen, Energie einzusparen, verliehen worden. Welche Initiativen gehen von Ihrer Partei aus, auf kommunaler Ebene hier in Regensburg energiewirtschaftliche Korrekturen zu fordern?
- Nach unserer Kenntnis gibt es zurzeit nur einen Antrag der Grünen, in städtischen Gebäuden mit Energiesparlampen elektrische Energie einzusparen. Glauben Sie nicht, daß es für eine Stadt wie Regensburg angebracht wäre, im Energiebereich stärkere Akzente zu setzen, damit elektrische Energie eingespart wird?
- Der Monopolstellung im Energiebereich ist die Rekommunalisierung und Demokratisierung der Energiewirtschaft entgegenzustellen. Die kommunale Verantwortung in der Energiepolitik muß gestärkt werden. Kommunale Energiepolitik muß eine gleichberechtigte Ebene zur Landes- und Bundespolitik werden. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei, um das kommunale Energieversorgungsunternehmen REWAG zu stärken und es gleichzeitig zu einer sparsamen, sozial- und umweltverträglichen Energienutzung, -verteilung zu verpflichten?
- Das Beispiel Industrie zeigt, daß Energie nur dann gespart wird, wenn eine wirtschaftliche Notwendigkeit besteht. Dagegen zielt im Haushalt immer noch die Werbung auf Mehrverbrauch von elektrischer Energie.
- Was gedenken Sie auf kommunaler und Bundesebene zu unternehmen, daß in den Haushalten mehr Energie eingespart wird?
- Halten Sie die derzeitige Tarifgestaltung für gut?



- Welchen Preis zahlt die Firma BMW/Siemens für eine KW-Stunde?
- Sehen Sie die Möglichkeit, daß in dieser Legislaturperiode das Energiewirtschaftsgesetz geändert wird?
- Sehen Sie die Möglichkeit, daß ein Sonderförderungsprogramm zur rationellen Energieverwendung geschaffen wird?

- Beispiel Hessen: Hessisches Energiespargesetz Bereitstellung von 400 Mio. DM Sommer 1985
- Die radioaktive Bestrahlung von Lebensmitteln zur Haltbarmachung ist in der BRD noch nicht zugelassen, soll aber jetzt durch die EG eingeführt werden. Wie steht Ihre Partei zu diesen Bestrebungen? Durch radioaktive Bestrahlung der Lebensmittel können giftige Substanzen entstehen. Ist es nicht verantwortungslos, ein solches Verfahren anzuwenden, das offensichtlich nur der Industrie große Vorteile, dem Verbraucher aber denaturierte Lebensmittel beschert?
- Viele Bürger fordern nach Tschernobyl die Kennzeichnung von Lebensmitteln hinsichtlich der radioaktiven Belastung. Wir fordern dies ebenfalls und schlagen dazu folgende Klassifizierung vor:

0-10 bcq/kg	Stufe I = strahlenarm	Verwendung ohne Einschränkung
10-20 bcq/kg	Stufe II = leicht belastet	für Schwangere, Stillende und Kleinkinder abzuraten
30-100 bcq/kg	Stufe III = stark belastet	für Schwangere, Stillende und Kleinkinder ungeeignet
über 100 bcq/kg	Stufe IV = gesundheitsschädlich	vom Verkauf durch den Handel auszuschließen

- Schließen Sie sich dieser Forderung an und werden Sie versuchen, durch entsprechende Gesetzesinitiativen eine solche Kennzeichnung durchzusetzen?
- Wissen Sie, daß Lebensmittel, die innerhalb Deutschlands produziert werden, nicht an die Einhaltung der sowieso viel zu hoch angesetzten Grenzwerte für radioaktive Belastung (600 bcq/kg, bzw. 370 bcq/kg für Milch und Milchprodukte) gesetzlich gebunden sind? Es dürfen beispielsweise völlig legal hochbelastete Wildpilze an die meist ahnungslosen Verbraucher verkauft werden. In diesem Zusammenhang fordern wir strengere Gesetze und Überwachung, sowie die dazu notwendigen Anschaffungen von geeigneten Meßgeräten durchzusetzen. Im Rahmen der von der Regierung eingeleiteten „Qualifizierungsoffensive“ könnte nebenbei auch ein Beitrag zum Abbau von Arbeitslosenzahlen geleistet werden.

- Wir fordern eine Änderung des Lebensmittelgesetzes (Bundesgesetzgebung) dahingehend, daß das Herkunftsland mit genauer Ortsangabe deklariert werden muß. Sonst kommen, wie derzeit legal praktiziert, Waren, die den EG-Grenzwert von 600 bq/kg überschreiten, über Drittländer (z.B. DDR) in die BRD herein. Außerdem wäre dem gut informierten Verbraucher die Möglichkeit gegeben, gezielt strahlenarme Lebensmittel einzukaufen. Dazu wäre es auch unabdingbar, daß auf allen abgepackten Lebensmitteln das Herstellungsdatum mit angegeben sein muss (um einfacher feststellen zu können, ob vor oder nach Tschernobyl hergestellt wurde!)
Unterstützen Sie diese unsere Forderungen?

- Wir fordern, daß die Zusatzstoffe in Lebensmitteln auf der Zutatenliste nicht nur mit der sog. E-Nummer angegeben, sondern beim Namen genannt werden müssen. Außerdem sollte dafür gesorgt werden, daß wirklich nur gesundheitlich auch für Kleinkinder unbedenkliche Stoffe vom Gesetzgeber zugelassen werden. (Amarant E 123 kann Allergien auslösen und ist in den USA verboten.) Die Hersteller von Süßwaren und alle anderen Firmen, die diese Zusatzstoffe, insbesondere Farbstoffe verwenden, sollen angehalten werden, ganz auf diese Zusatzstoffe zu verzichten oder, wenn unumgänglich, wenigstens nur wirklich harmlose auf pflanzlicher Basis gewonnene Farbstoffe zu verwenden. (Beispiel: Smarties, Gummibärchen)
Unterstützen Sie diese Forderung?

- Obwohl unter anderem auch das Kernforschungszentrum Jülich darauf hingewiesen hat, daß die gesundheitlichen Folgen für die Bevölkerung durchaus nicht mehr als unbedenklich anzusehen sind, wenn in den kommenden Jahren der radioaktive Klärschlamm zur Düngung auf Feld und Wiesen ausgebracht wird und damit immer wieder erneut Radionukleide in den Nahrungskreislauf eingebracht werden, geschieht nichts, um diese Gefährdung der Bevölkerung abzuwenden. Es bestehen Pläne der bayerischen Staatsregierung, Klärschlamm in den Wäldern auszubringen. Die Durchlässigkeit der Waldböden würde bewirken, daß die radioaktiven Substanzen besonders schnell in das Grundwasser gelangen. Welche Möglichkeiten sehen Sie, die Ausbringung von Klärschlamm zu unterbinden und den Klärschlamm einer Entsorgung zuzuführen?

- Wir fordern, daß die bestehenden Gesetze zum Schutz des Bodens erweitert und verschärft werden. Zum Beispiel müssen Höchstwerte für die Radioaktivität im Klärschlamm festgelegt werden. Die Strahlenschutzverordnung muß auch dann zur Anwendung kommen, wenn die radioaktive Verseuchung durch Unfälle oder Sabotage verursacht wurde. Das ist heute nicht der Fall. Acker und Grünland, die im Sommer und Herbst mit hochradioaktivem Klärschlamm gedüngt wurden, dürfen einige Jahre nicht bebaut werden. Dafür sind die Bauern zu entschädigen. Verfahren für die umweltschonende Beseitigung des Klärschlammes müssen sofort entwickelt werden. Landwirtschaftliche Flächen dürfen dazu nicht mehr missbraucht werden.



Helfen Sie uns, diese Forderungen durchzusetzen?

- Welche Möglichkeiten sehen Sie, um die angeblich regelmäßigen Untersuchungen des Trinkwassers zu überprüfen? Liegen Ihnen über Regensburg und Umgebung Erkenntnisse vor und wären Sie bereit, diese weiterzugeben?
- Durch den alternativen Landbau gelangen weit weniger Schadstoffe in das Grundwasser, Lebewesen und Umwelt werden nicht mit Giften belastet, die Böden werden nicht verdichtet, Mikroorganismen werden erhalten, Staunässe verhindert und so die Aufnahme von Schwermetallen und Radionukleiden durch die Pflanzen reduziert. Trotzdem wurde ein Antrag im bayerischen Landtag, den alternativen Landbau zu fördern, abgewiesen und auch bundesweit ist es um die Förderung schlecht bestellt. Welche Möglichkeiten sehen Sie, das im Interesse der Volksgesundheit und des Umweltschutzes zu ändern?
- Warum wird in Regensburg und Umgebung der Müll nicht getrennt gesammelt, z.B. grüne Tonne? Dadurch könnte ein wesentlicher Beitrag zur Energieeinsparung und zum Umweltschutz geleistet werden.
- Bauern, die Vorzugsmilch, z.B. Demeter, produzieren, unterliegen auch der Quotenregelung. Es handelt sich bei dieser Milch um ein hochwertiges Produkt, bei dem ständig auf geringe Belastung durch Radionukleide und sonstige Schadstoffe streng geachtet wird. Wie stehen Sie dazu, daß zwar einerseits vom Verbraucher im Interesse seiner Gesundheit eine starke Nachfrage nach diesen Produkten besteht, es ihm aber andererseits verwehrt wird, es in der benötigten Menge zu erwerben, da der Bauer bei Überschreitung seiner festgesetzten Quote hohe Strafsummen zahlen muß? Sehen Sie Möglichkeiten, das zu ändern?
- Wir schließen uns den Forderungen der Aktion Volksentscheid Achberg nach der Verabschiedung eines Abstimmungsgesetzes an, um dem Volk die Möglichkeit zu geben, durch einen bundesweiten Volksentscheid über den Ausstieg aus der Kernenergie abzustimmen.
- Eine Erfahrung nach Tschernobyl war, daß Experten nur wußten, daß sie nichts wußten über die Auswirkungen sog. geringer Strahlendosen. Diese Situation verleitete nicht wenige Politiker zu der Behauptung, diese Belastungen seien demnach völlig unschädlich, wobei sie der falschen Logik erlagen, daß dort, wo kein Effekt nachgewiesen sei, auch kein Effekt vorhanden sei. Inzwischen geht man davon aus (auch z.B. bei der GSF), daß z.B. das Krebsrisiko doch erhöht sei, wenn auch in geringem und statistisch nicht nachweisbarem Maße. Da wir hier in Regensburg besonders belastet

- waren, befürchten wir, daß wir doch deutlich spürbare Folgen haben, u. U. auch eine erhöhte Zahl von Fehlgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen. Wir halten es daher für dringend erforderlich, daß in epidemiologischen Erhebungen und Umfragen bei Entbindungs- und Kinderkliniken, Kinder- und Frauenärzten die entsprechenden Zahlen ermittelt werden. Weiter möchten wir, daß langfristige Nachfolgeuntersuchungen in Angriff genommen werden, die die Häufigkeit, mit der Regensburger an Krebs erkranken, ermitteln. Und schließlich halten wir es für sinnvoll, daß in Reihenuntersuchungen oder anhand repräsentativer Stichproben die radioaktive Belastung gemessen wird. Dies ist besonders wichtig für Kleinkinder. Wir fordern dies aus zwei Gründen: Als Betroffene möchten wir über die gesundheitlichen Risiken, denen wir ausgesetzt waren und sind, informiert sein. Und wir halten es für die Pflicht der verantwortlichen Politiker, sich die ihnen im letzten Sommer fehlenden Informationen zu beschaffen, um ihrem Auftrag, „Schaden von uns zu wenden“, gerecht werden zu können.

Konkrete Fragen:

- Was ist Ihnen bzw. Ihrer Partei bekannt über entsprechende laufende oder geplante Untersuchungen?
- Würden Sie sich dafür einsetzen, entsprechende Projekte in Regensburg zu initiieren bzw. zu unterstützen? Es wäre laut Aussage von Herrn Dr. Krause vom Krankenhaus der Barmherzigen Brüder durchaus möglich, nach geringfügigen Investitionen dort Ganzkörpermessungen durchzuführen.
- Wir fordern, daß wir als Betroffene bessere Informationen erhalten über radioaktive Belastungen in Luft, Boden, Wasser und Lebensmitteln. Besondere Maßnahmen sollten getroffen werden, daß in der Bundesrepublik lebende Ausländer diese Informationen ebenfalls erhalten. Zurzeit versuchen wir, die „Mütter gegen Atomkraft“, ähnlich wie andere Gruppen, entsprechende Informationen zu erhalten und weiterzugeben. Dies ist leider nur in begrenztem Rahmen möglich und wir sind auf Unterstützung angewiesen. Sehen Sie Möglichkeiten darauf hinzuwirken, daß wir in inhaltlicher und finanzieller Hinsicht unterstützt werden und vertreten Sie unsere Forderungen nach vermehrter Information? Konkret: Wir haben versucht, am Krankenhaus der Barmherzigen Brüder im Rahmen von ABM eine Stelle einrichten zu lassen für Messungen von Lebensmitteln. Die Notwendigkeit von regelmäßigen Messungen von Lebensmitteln in größerem Umfang wurde derzeit jedoch seitens des Krankenhauses und der Stadt nicht für gegeben angesehen. Wie stehen Sie dazu?
- Was haben Sie aus Tschernobyl gelernt? Wo sehen Sie Möglichkeiten für weitere Kontakte und Zusammenarbeit? Haben Sie Interesse an weiteren Kontakten und einer bereichernden Zusammenarbeit?“



Offener Brief an alle Politiker in Bund, Länder und Gemeinden und an die Verantwortlichen in den Milchwerken

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir wissen, daß innerhalb der nächsten Tage oder Wochen die Strahlenmeßwerte der Milch und Milchprodukte stark ansteigen werden. Versuchsreihen an Weihenstephaner Hochschulinstitut haben ergeben, daß sich die Verfüterung von belasteten Futter rasch auf die Strahlenwerte in der Milch auswirkt. Es würden zwar Empfehlungen gegeben, das Futter zu mischen oder den stark belasteten ersten Grasschnitt nur an Fäbder zu verfüttern, aber das verlagert das Problem ja nur auf Fleisch und Mursprodukte! Wir stellen deshalb folgende Forderungen an die Verantwortlichen:

1. Die hochgradig verstrahlten Futtermittel müssen der Sondermüllbehandlung zugeführt werden und den Bauern soll eine entsprechende Entschädigung zukommen. Das wäre endlich einmal eine der wenigen sinnvollen "Subventionen" angesichts der Millionen, die jetzt wieder zur Vernichtung der Überproduktion aufgewendet werden!
2. Sollte eine Lösung wie unter 1. angestrebt, aus triftigen Gründen nicht möglich sein (im genau dargestellte Begründung wird gebeten), so fordern wir die Verantwortlichen in den Milchwerken (je nach Bedarf) möglichst unbelasteter Milch, abgepackt als "Kindermilch" mit der aktuellen Becquerellzahl versehen, angeboten werden kann. Technisch ist eine solche Verfahrungsweise sicher möglich, wenngleich durchaus einsichtig ist, daß der Mehraufwand sich im Endverbraucherpreis niederschlagen wird. Für absolut notwendig halten wir es, daß grundsätzlich auf jeder Packung Milch (Frisch- und M-Milch) die Strahlenbelastung angegeben wird, damit sich die Verbraucher selbst ein Urteil bilden können. Berechnet nach dem Ministerialblatt des Bundesministeriums des Innern von 1979 beträgt die Höchstgrenze für die Ganzkörperstrahlung durch CS 137, CS 134 und SR 89, Sr 90 bei einem Kleinkind 30 bq täglich, bei Erwachsenen 55 bq.

Um noch einmal klar zu stellen, wir wollen vor allem erreichen, daß die Politiker in Bund, Länder und Gemeinden unsere Ängste und Sorgen um die Gesundheit unserer Kinder ernst nehmen und durch tatkräftiges Handeln gemäß ihrer geleisteten Eidesformel "Schaden vom deutschen Volk abzuwenden", ihre Pflicht tun. Wir sehen uns zu diesem Schritt in die Öffentlichkeit veranlaßt, weil bisher zwar viel über ein Ansteigen der Strahlenwerte geredet wurde, aber kaum jemand konkrete Forderungen an die Regierenden stellte. Hiermit fordern wir gleichzeitg auf, alle Vereine und gesellschaftlichen Kräfte, die unserer Meinung sind, dies ebenfalls öffentlich kundzutun, um unsere Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Um kurze Mitteilung bei Unterstützung unserer Forderungen wird gebeten. Kontaktadresse: Eva Kyewski, Ortsstr. 7, 8411 Riegling, Tel. 0941/35192

Wir wollen die Folgen von Tschernobyl nicht in Vergessenheit geraten lassen!

Mütter gegen Atomkraft
(Ortsgruppe Regensburg)

Eva Kyewski

Eva Kyewski versandte zudem am 20.10.1986 einen weiteren offenen Brief an alle Politiker in Bund, Ländern und Gemeinden sowie an die Verantwortlichen in den Milchwerken, in welchem auf die Anliegen nicht nur der „Mütter gegen Atomkraft“ hingewiesen wurde:

Die „Mütter gegen Atomkraft“ wollten die bei Lebensmitteln in Regensburg gemessenen Strahlenwerte offenlegen, damit der Verbraucher besser geschützt ist. So reagierte in einem Leserbrief am 14. März 1987 an die „Mittelbayerische Zeitung“ ein Mitglied des Vereins darauf, dass nach dem Reaktorunfall von Tschernobyl eine Kenntlichmachung von Becquerelzahlen bei in der Bundesrepublik angebotenen Lebensmitteln unterblieben war, während diese in anderen Fällen aus wirtschaftlichen Gründen eingeführt werden sollte, um einheimische Produkte vor ausländischer Konkurrenz zu schützen:

An die
MITTELBAYERISCHE ZEITUNG
- Leserbriefredaktion -
Postfach
8400 Regensburg.

Wie man dem Statement eines Herrn des Bundesgesundheitsministeriums vom 13. März 1987 in den Nachrichten entnehmen konnte, wird das Ministerium darauf bedacht sein, daß chemische und eventuelle andere Zusätze in ausländischen in die Bundesrepublik importierten Biermarken auf dem Etikett deutlich kenntlich gemacht werden, damit die bundesdeutschen Konsumenten - über etwaige Zusätze informiert - sich schützen und auf nach dem Reinheitsgebot gebrauchte Biersorten zurückgreifen können. Dies ist auf den ersten Blick ein lobliches Unterfangen, hat jedoch, wenn man es genauer betrachtet wohl vor allem mit dem Schutz der Marktanteile der heimischen Biersorten in unserem Lande zu tun. Wenn das Bundesgesundheitsministerium wirklich um die Gesundheit und den Schutz unserer Bürger vor evtl. gefährlichen Zugaben besorgt wäre, hätte es schon längst eine obligatorische Kenntlichmachung etwa von Becquerelzahlen bei in der Bundesrepublik angebotenen Lebensmitteln - etwa Milchprodukten - verbindlich durchsetzen können und müssen. Einige wenige lobliche Privatinitiativen in dieser Richtung - etwa von den Regensburger Milchwerken - wurden bereits nach kurzer Zeit wieder eingestellt, als die Verkaufszahlen zurückgingen. Vielleicht wollte und will man die Konsumenten auch bei einem Ansteigen der radioaktiven Werte in den Lebensmitteln nicht "beunruhigen". Die Bürger sollen getrost Giftstoffe zu sich nehmen, wenn nur dem heimischen Markt nicht geschadet wird, dieses zynische Fazit muß man aus einem derartigen Verhalten ziehen.

Die Bundesregierung bzw. das zuständige Ministerium ist dringend gefordert, auch im Falle der Radioaktivität in Lebensmitteln für eine umfassende und gründliche Information auf den Verpackungen bzw. Etiketten zu sorgen. Dies ist wohl - angesichts der oben erwähnten Pläne des Bundesgesundheitsministeriums hinsichtlich des Bieres - kein unbilliges Verlangen und müßte analog dazu leicht durchgesetzt werden! Was den einheimischen Bierkonsumenten recht ist, sollte auch allen anderen Konsumenten, die von Radioaktivität und Chemikalien bedroht sind billig sein!

Mit der Bitte um einen Abdruck unseres Leserbriefes verbleiben wir mit bestem Dank im Voraus

mit freundlichen Grüßen

Imogen Pfarr-Otto,

Anlässlich der Einstellung der Kenntlichmachung der Strahlenwerte seitens der Regensburger Milchwerke Ende Dezember 1986 erschien in der „MZ“ vom 30.12.86 die folgende kurze Mitteilung:

Warum stellt Milchwerk Service ein?

Angabe der Cäsiumwerte fällt wieder weg / Aktion lief nur kurz / Keine Geldfrage

ub. Seit gestern fehlt auf den Trinkmilchpackungen der Regensburger Domspitz-Milchwerke wieder die erst im November eingeführte Angabe der Becquerel-Werte. Damals hatte die Geschäftsleitung sich, auch auf Drängen des Vereins „Mütter gegen Atomkraft“, entschlossen, ihren Kunden diese wichtige Information täglich zu liefern. Warum der Service nun eingestellt wurde, beantwortete auf Anfragen der MZ ein Mitarbeiter des Milchwerks, der seinen Namen nicht genannt haben will, folgendermaßen:

Zum einen sei kein - wie auch vom Milchwerk befürchteter - Anstieg der Cäsiumwerte zu verzeichnen gewesen. Damit sei nun auch nicht mehr zu rechnen. Die Zeit der Winterfütterung mit - wie befürchtet, vielleicht verstrahltem Heu - habe keine Änderung gebracht. „Wir beziehen unsere Trinkmilch außerdem aus dem Amberger Raum, der bei der Katastrophe von Tschernobyl weitgehend verschont blieb“, so der Mitarbeiter.

Zum anderen hätten Anrufe gezeigt, daß

der Aufdruck nicht dazu beigetragen habe, die Verunsicherung in der Bevölkerung abzubauen. Im Gegenteil, es habe die meisten nur noch mehr verwirrt. „Die Leute wissen mit diesen Zahlen nichts anzufangen.“ Es bestehe also keine Notwendigkeit, die Aktion weiterlaufen zu lassen. Natürlich würden weiterhin intern die Werte gemessen, und auf Anfrage jedem Interessierten mitgeteilt.

Im übrigen habe man auch keinen steigenden Absatz bei Trinkmilch verzeichnen können, eher würde er sinken, „und das, obwohl die Werte um den minimalen Wert von 10 Becquerel schwanken“. Wie der Mitarbeiter betonte, wären dem Milchwerk außer den Anschaffungskosten keine größeren finanziellen Belastungen durch diesen Service entstanden. An der Geldfrage wäre das Projekt nicht gescheitert. Ausschlaggebend sei gewesen, daß durch diese Informationen ein unerwarteter Fragenkomplex aufgetreten sei, der bewiesen habe, daß die Angaben in der gewählten Form nicht zur Aufklärung beigetragen hätten.

So waren wir „Mütter gegen Atomkraft“ in der Folge letztendlich gezwungen, von uns aus und auf eigene Kosten immer wieder Untersuchungen von Lebensmitteln, die man auf Regensburger Märkten und in Geschäften eingekauft hatte, bei der „Gesellschaft für aktives Umweltbewusstsein“ („Gau Landshut“) vornehmen zu lassen, damit die Bevölkerung über die eventuelle aktuelle Strahlenbelastung informiert werden konnte:

Produkt:	Bq/l bzw. Bq/kg
Ortsgruppe Regensburg	11.5.1987
Radioaktive Belastung von Lebensmitteln	
Meßstelle: Gesellschaft für aktives Umweltbewusstsein, Landshut.	
Meßzeit: 30 Min. Meßgenauigkeit: +/- 10 Bq/kg bzw. Bq/l.	
Denone Joghurt h. 18.5.87	13
Bressot Frischkäse 31.6.87	34
Milch von Bauer aus Berbing 27.4.	4
Milch von Bauer aus Schermassing 28.4.	6
Beba 2 10/87	u.IMG
Bärenmarke Kondensmilch 10% 3/88	40
Bärenmarke Kondensmilch 12/87	400
Brot, eingekauft am 27.4.87:	
Bäckerei Magerl, Obertraubling:	
Schnitzer Semmel	4
Schnitzer Roggenbrot	23
Schnitzer Sonnenblumenbrot	21
Bäckerei Ebner, Regensburg:	
Weißbrot	kl.3
Vollkornbrot	62
Bäckerei Reill, Regensburg:	
Schnitzer Roggenvollkornbrot	11
Bäckerei Schifferl, Regensburg:	
Jogging Brot(Vollkorn mit Sonnenblumenkernen)	37
Weißbrot (Wecken)	10
Bäckerei Schindler, Regensburg:	
Weißbrot	6
Vollkornbrot	795
Bäckerei Haubner, Eterzhausen:	
Roggenvollkornbrot	54
Weizen Eiermühle Poikam, Ernte 86	9
Roggen Eiermühle Poikam, Ernte 86	41
Hollersaft aus Sarching, Ernte 86	103
Rottaler Apfel-Himbeer-Zitronen Nektar 1/89	24
Kirschen, eingemacht aus Schmidmühlen, Ernte 86	20
Gartenerde aus Klardorf, abgetragen	38
Gartenerde aus Zeitlarn, abgetragen	70
Gartenerde aus Schermassing, nicht abgetragen	282
Gartenerde aus Keilberg, nicht abgetragen	184
Gartenerde aus Burgweinting, abgetragen	22
Gartenerde Obertraubling, abgetragen	15
Gartenerde Obertraubling, obere 5 cm	119
Sand, Spielplatz Brandlberg	12
Sand, Spielplatz Obertraubling-West	210
Bausand Fa. Brey, Kallmünz	26
Mirabellen-Konfitüre Regensburg, Ernte 86	143
Kirschen, eingemacht aus Regensburg Ernte 86	124
Kartoffeln aus Schermassing, Ernte 86	4
Schnittlauch aus Straubing, Ernte 87	6
Preiselberrn, Sonnen Bessermann 12/89	25

Ebenfalls Anfang 1987 ließen wir „Mütter gegen Atomkraft“ den Gesprächsfaden gerade zu den Lokalpolitikern nicht abreißen und führten weiterhin Podiumsdiskussionen mit diesen, wie das folgende Protokoll belegt:

MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT

Protokoll zur Aktion: „Wir befragen Politiker“ Mit der FDP am 23.03.1987.

Anwesende:

Herr Adolf Wieber (Landtagskandidat und Kreisvorsitzender der FDP Regensburg)

Frau Elke Wagenknecht-Wollenschläger (Bundestagskandidatin und Stadträtin)

Herr Thomas Schulze (Kreisvorsitzender swe Jungliberalen)

Frau Elisabeth Berghoff (Vorsitzende des Knderschutzbundes Regensburg und FDP-Mitglied)

Die Arbeitsgruppe der Aktion „Wir befragen Politikr

(Frau Christl Cerull, Frau Christiane Boenrmann-Kischkel, Frau Vera Wetzler, Frau Eva Kyewski)

sowie weitere ca. 10 Mütter unserer Ortsgruppe

Schwerpunkte des Gesprächs waren die Fragen zur Energiepolitik (Nr. 6-14) und dem Bau der WAA (Nr.1 und 2), sowie die Fragen Nummer 2b und 29 (siehe Fragenkatalog im Anhang)

Wichtigste Standpunkte und Ergebnisse der Befragung zur Energiepolitik:

In den jetzt abgeschlossenen Koalitionsverhandlungen mit den Regierungsparteien CDU und CSU wurde laut Aussage der FDP ein Passus aufgenommen, der zum Ziel hat, einen Entwurf zur Änderung des Energiewirtschaftsgesetzes vorzubereiten (es kann allerdings noch 2 Jahre dauern, bis dieser Entwurf vorgelegt wird!). Diese Änderungen seien unbedingt erforderlich, um die Tarifgestaltung entsprechend zu ändern (ungehindertes Einspeisen ins Stromnetz zu vernünftigen Preisen, mehr Konkurrenz am Energiemarkt und damit schnellere Entwicklung hin zu dezentralen Versorgungseinheiten mit Solarstromerzeugung, Windenergienutzung, Kraft-Wärmekopplungsanlagen ...) Das Modell der Stadt Rottweil gefalle der FDP sehr gut. Für Regensburg habe man allerdings noch kein entsprechendes energiewirtschaftliches Konzept parat, es sei jedoch geplant, in absehbarer Zeit einen Energiearbeitskreis auf die Beine zu stellen. Anregungen, die der Energiearbeitskreis der „Mütter gegen Atomkraft“ unter der Leitung



von Christl Cerull erarbeitet hat (z.B. Prüfung der Energieeinsparmöglichkeiten in öffentlichen Gebäuden durch Fernwärme oder Kraft-Wärmeanlagen auch in Siedlungsgebieten, Stärkung bzw. Erhaltung kommunaler Energieversorgungsunternehmen wie REWAG, Aufstellung kommunaler Stromsparpläne und Sonderförderungsprogramme zur rationalen Energieverwendung, wie in Hessen schon praktiziert (400 Millionen DM/Jahr), Einrichtung unabhängiger, fachkundiger Haushaltsberatungsstellen zur Energieeinsparung, da allein durch die Verwendung von derzeit im Handel befindlichen energiesparendsten Geräte ein Einspareffekt vom 50% des Haushaltsstromverbrauchs erreicht werden könnte, Aufforderung an die Stadt, dem „Zweckverband regionale Entwicklung und Energie beizutreten“, sollten per Antrag an die Stadt konkretisiert werden. Die FDP würde einen solchen Antrag auf jeden Fall unterstützen, bzw. würde eventuell selbst einen solchen Antrag stellen.

Einig war man sich auch, daß es wichtig sei, verstärkt auf das Bewußtsein von Politikern und Bevölkerung einzuwirken.

Zusammenfassend kann man sagen, daß hinsichtlich der zukünftigen Energiepolitik weitgehend Übereinstimmung erzielt wurde und daß Zusammenarbeitsangebote zur rascheren Durchführung der Pläne beiderseits begrüßt wurden.

Diskussion und Ergebnisse zum „Ausstieg aus der Kernkraft“:

Unsere Forderung sofortige Maßnahmen zur Einstellung von Bau, Planung und Betrieb aller Kernkraftanlagen sowie auch der WAA.

FDP: Wir sind nicht für den unmittelbaren Ausstieg, sondern für den Ausstieg so schnell wie möglich.

Nachgefragt hinsichtlich eines Zeitpunktes bekamen wir die Antwort: „Es ist von den gegenwärtigen Politikern nicht zu erwarten, einen genauen Zeitplan zu nennen. Wenn man redlich ist, weiß man, daß ein Ausstieg in den nächsten Jahren sinnvollerweise nicht vollzogen werden kann“. Trotzdem müsse man sofort beginnen, den Ausstieg vorzubereiten, etwa in der Übergangszeit alle alten (über 20 Betriebsjahre) Kernkraftwerke sofort vom Netz nehmen, Für die im Bau befindlichen KKW's müßten bei der Inbetriebnahme alte Kapazitäten stillgelegt werden, so daß ab sofort der Gesamtanteil des Atomstroms nicht mehr ansteigt. In Planung befindliche Anlagen dürften nicht mehr gebaut werden und die WAA muß verhindert werden. An diesem Punkt wurden Befürchtungen geäußert, daß in Wackersdorf statt der geplanten Wiederaufbereitungsanlage ein Zwischen- oder Endlager entstehen könnte, was unbedingt vermieden werden muß.

Zu unserer Enttäuschung wurde dann doch ein Zeitraum genannt, nämlich 30 Jahre, die erfahrungsgemäß zur Entwicklung neuer Energieformen nötig wären, und das, obwohl doch vorher so einvernehmlich über die großen Potentiale der Energieeinsparungen geredet wurde. Auf diesen Einwand hin sag-

te Herr Sieber: „Ich bin ja auch gegen Kernenergie, da sie eine vom Menschen nicht beherrschbare Technologie ist und man weiß ja auch, daß die KKW's nur mit vorläufiger Genehmigung laufen, da der Nachweis der Entsorgung fehlt, das ist eine schiefe Angelegenheit, die juristisch (verfassungsgerichtlich) abgeklärt gehört!“ Wenn es gelänge, durch Einsparungen auf Kernenergie zu verzichten, würde er sofort abschalten. Auf Nachfragen unsererseits ergänzte Herr Sieber: „... auch wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gingen!“

Trotzdem hielt er persönlich diesen Einspareffekt für utopisch und somit sei ein Zeitpunkt für das „Abschalten“ von niemandem vorhersehbar. Auf unser Argument, es bestünden doch wissenschaftliche Untersuchungen von RWI und von PROGNOSE, die sogar von Herrn Wirtschaftsminister Bangemann (FDP) in Auftrag gegeben worden seien, die einen Ausstieg aus der Kernenergie innerhalb weniger Jahre ohne negative Einflüsse auf unsere Volkswirtschaft und unsere Umwelt für möglich hielten, meinte Herr Sieber, das stimme schon. Frau Wagenknecht-Wollenschläger bedauerte sehr, dass diese Untersuchungen so rasch in den Schubladen verschwunden seien. Das sei nicht redlich, denn es wäre verpulvertes Geld, wenn diese Ergebnisse nicht verwertet werden würden. Sie wolle sich dafür stark machen, hier gegenzusteuern, obwohl sich die Mehrheit der Partei wohl aus taktischen Gründen davon distanzieren.

Im Laufe der Diskussion fielen auch noch weitere Sätze wie: „Passiert noch einmal ein Unfall, dann sind alle Befürworter endgültig erledigt“ und „Die Generationen, die jetzt an der Macht sind, sind oder kommen ins Greisenalter, weshalb sich in den nächsten Jahren nicht allzu viel bewegen wird und erst um 1992 bis 1994 ein Durchbruch erwartet werden kann. Der Ausstieg scheitert also nicht am technisch Machbaren, sondern am menschlich Machbaren (Trägheit!)“

Die Anwesenheit der Vertreterin des Kinderschutzbundes ließ die Möglichkeit zu, sich über bisherige Erfahrungen des Unfalls von Tschernobyl und dessen Folgen auszutauschen und für die Zukunft Zusammenarbeitsmöglichkeiten auszuloten (Herausgabe gemeinsamer Infoschriften, gemeinsam formulierte Forderungen an die Stadt bezüglich besserer Meßkontrollen ...)

Auf unsere Fragen 28 und 29 erhielten wir größtenteils befriedigende Antworten. Insbesondere wurden uns Unterstützung unseres Antrages zugesagt und hilfreiche Informationen zum Nachrecherchieren gegeben.

Außerdem bot man an, einen Schaukasten zur Verfügung zu stellen, um Meßwerte möglichst rasch weitergeben zu können.

Finanzielle Unterstützung könne man uns leider angesichts der selber knappen Finanzmittel nicht gewähren, aber man nannte uns eine Organisation, die unsere Arbeit vielleicht unterstützen könnte.



Zusammenfassen resümierte Herr Sieber: „Wir haben es nicht bereut, heute hier gewesen zu sein. Das Gespräch war sehr anregend, die Meinungen nicht immer übereinstimmend, aber Spannungen könnten ja durchaus befruchtend wirken. Ihre im Gespräch gezeigte Kompetenz nötigt Respekt ab!“

Die „Mütter“ bedankten sich für das Gespräch und fanden das Ergebnis eigentlich ganz ermutigend.

Man vereinbarte, dass man gerne ein zweites Treffen arrangieren würde, um auch die heute nicht angesprochenen Fragen in einer offenen Diskussion zu erörtern.

Wichtig erscheint uns (den „Müttern“), dass wir in etwas zeitlichem Abstand, nachdem mit allen Parteien gesprochen wurde, auch resümieren werden, was die Vertreter(innen) der Parteien gesagt und was sie dann auch wirklich getan haben, denn schönen Worten sollten Taten folgen.

(Eva Kyewski, Protokollführerin)

Verschiedene Gesprächspartner verweigerten sich einem Dialog mit Gruppen, die der Kernkraft kritisch gegenüber standen (dem „Arbeitskreis Theologie und Kernenergie“ und lange Zeit auch den „Müttern gegen Atomkraft“). Hierzu gehörte auch der Regensburger Diözesanbischof Manfred Müller. Darauf geht ein Artikel von Rolf Thym in der „SZ“ vom 17. März 1987 ein:

Seite 20 □ **Süddeutsche Zeitung Nr. 63 Dienstag, 17. März 1987**

Im Streit um die Kernenergie

Ein Bischof geht auf Distanz

Regensburger Kirchenmann billigt beiden Seiten christliche Motive zu

REGENSBURG (Eigener Bericht) – Der Regensburger Bischof Manfred Müller, in dessen Diözese die umstrittene Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) gebaut werden soll, hat in einem Gespräch mit Vertreterinnen der Gruppe „Mütter gegen Atomkraft“ erstmals eine kritische Einstellung zur friedlichen Nutzung der Kernenergie erkennen lassen. Aus einem mit dem Bischof abgestimmten Gesprächsprotokoll der „Mütter gegen Atomkraft“ geht hervor, dass der Regensburger Bischof einen Ausstieg aus der atomaren Energiegewinnung bis zum Jahr 2010 für realistisch hält. Allerdings bekräftigte der Bischof seine bisherige Haltung, nicht offen für die Gegner oder Befürworter der Kernenergie Partei ergreifen zu wollen, da er keiner der beiden Seiten christliche Motive ihres Handelns absprechen könne.

Große Anstrengungen gefordert

Auf die Entgegnung seiner Gesprächspartnerinnen, ein Ausstieg aus der Atomenergie sei – gestützt auf „seriöse Untersuchungen“ – schon innerhalb der nächsten Jahre möglich versicherte der Bischof, sich näher mit solchen Überlegungen zu befassen. Laut Gesprächsprotokoll waren sich der Regensburger Bischof und die „Mütter gegen Atomkraft“ darin einig, dass größtmögliche Anstrengungen unternommen werden müssten, „um neue, menschenfreundliche Energieformen für die Zukunft zu entwickeln“. Seine persönliche Meinung zur Nutzung der Kernenergie wollte der Bischof freilich nicht eindeutig darlegen. Er verwies darauf, dass er als Bischof für alle Christen Verantwortung trage, die in solchen Fragen unterschiedlicher Meinung sein könnten. Keine Seite, so erläuterte Müller weiter, habe das Recht, die kirchliche Autorität allein für sich in Anspruch zu nehmen, weshalb er es als Bischof ablehnen müsse, für eine Seite Stellung zu beziehen. Müller verwies dabei auch darauf, dass er ohnehin schon mit Verunglimpfungen, Bombendrohungen und Wandschmierereien konfrontiert werde. Derlei Anfeindungen würden sich noch verstärken, so sagte der Bischof, wenn er sich offen entweder zu den Befürwortern oder zu den Gegnern der Kernenergie bekennen würde. Aus diesem Grund lehnte es der Regensburger Bischof erneut ab, an den traditionellen Sonntagsandachten von christlichen WAA-Gegnern im Taxöldener Forst teilzunehmen. Er wolle nicht zu falschen Deutungen Anlass geben. Ein Gespräch mit Vertretern des Regensburger ökumenischen „Arbeitskreises Theologie und Kernenergie“ hält der Bischof erst dann für denkbar. Wenn – so heißt es im Protokoll – „die bisherigen persönlichen Beleidigungen bereinigt würden“. Kurz nach diesem Gespräch wandten sich Vertreter jenes Arbeitskreises, in dem katholische und evangelische Geistliche mit engagierten Laien beider Konfessionen im friedlichen Protest gegen die WAA zusammenarbeiten, mit einem Brief an den Bischof, in dem sie ihn zum wiederholten Male um einen Gesprächstermin bitten. Der Arbeitskreis bezieht sich dabei auf ein Interview, dass der Bischof unlängst dem Bayerischen Fernsehen gab und in dem er betonte, ein sofortiger Ausstieg aus der Kern-



energie sei „nicht Christenpflicht“. Der „Arbeitskreis Theologie und Kernenergie“ nahm dies zum Anlass, den Bischof daran zu erinnern, dass man nun schon „über vier Jahre“ lang versuche, ein Gespräch mit ihm zu führen „nicht, um Sie zum Atomenergiegegner zu bekehren, sondern um die ethischen Bedenken an der Stelle vortragen zu können, die für die Gewissensentscheidung vieler Christen relevant ist“. Die Vertreter des Arbeitskreises schildern nun in ihrem Brief, die Zurückhaltung des Regensburger Bischofs habe dazu geführt, „dass viele Christen das Gespräch über die Problematik der Atomenergie nicht mehr innerhalb der Kirche suchen“. Dabei ist die Kirche nach Meinung des Arbeitskreises dazu aufgefordert, „auch in der Frage der Atomenergie eine aus dem christlichen Menschenbild abgeleitete Stellungnahme“ abzugeben: „Die Kirche darf zu diesen Fragen nicht schweigen.“ Der Arbeitskreis äußert in seinem Schreiben an den Bischof die Erwartung, dass „die Kirche der Diözese Regensburg in offener und erkennbarer Weise die ethischen und theologischen Bedenken gegen die Atomtechnologie ernst nimmt und innerkirchlich diskutiert“. In dem Fernsehinterview, auf das sich der Arbeitskreis bezieht, hatte Bischof Müller gesagt, er werde seine bisher gepflegte Zurückhaltung überdenken, wenn „die Gesprächsbereitschaft so groß wäre, dass sich beide Seiten in ihrem Menschsein und ihrem Christsein ernst nehmen und im guten Sinne einen christlichen Dialog zu führen vermöchten“. Dies sei aber bisher „noch nicht im vollen Umfang erreicht“ worden. Allerdings räumte der Bischof in dem Fernsehinterview auch ein, dass er sich wegen des Baus der Wiederaufarbeitungsanlage und dessen Folgen einem persönlichen Dilemma ausgesetzt sieht, weil „von mir mehr Engagement erwartet wird“. Er könne die Kernenergie-Gegner nur darum bitten, anzuerkennen, „dass auch auf Seiten der Kernenergie-Befürworter Christen aus echter Gewissensüberzeugung stehen“.

Rolf Thym

Hier auch das Gesprächsprotokoll der Gruppe vom 28.02.1987 sowie die Presseerklärung vom 12.04.1987, auf welche sich die „Süddeutsche Zeitung“ in ihrem Artikel bezog

Gesprächsprotokoll

Zum Empfang zweier Vertreterinnen der „Mütter gegen Atomkraft“ Regensburg bei Bischof Manfred Müller am 27.02.1987

Seit September 1986 bemühen sich die Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ um einen Gesprächstermin bei Bischof Manfred Müller. Wegen der Wahltermine wurden sie auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet. Am 27.02.1987 konnte das Gespräch mit zwei Vertreterinnen der Gruppe (Eva Kyewski und Gabi Högerl) schließlich stattfinden. Bischof Manfred Müller bedankte sich auch gleich nach der Begrüßung für die Geduld der Mütter und dafür, daß man nicht darauf bestanden hätte in größerer Anzahl zu erscheinen, wie es österreichische Mütter beim Erzbischof von Salzburg getan haben.

Im Interesse eines guten und ehrlichen Gesprächsklimas kam man überein, daß die Mütter ein Protokoll anfertigen, das vor der Veröffentlichung von bischöflicher Seite eingesehen werden kann. Dieses Protokoll muß unvollständig bleiben und kann das einstündige Gespräch nur in einigen wichtigen Passagen widerspiegeln.

Angesprochen auf die Aussagen Kardinal Höffners zur Kernenergie meinte Bischof Manfred, daß es nicht nur diese Aussage, sondern auch viele offizielle Stellungnahmen der katholischen Kirche zu diesem Thema gäbe. Er stehe selbstverständlich dazu und sei ebenfalls für einen Ausstieg, jedoch nicht sofort. Als Zeitspanne stelle er sich etwa 20 Jahre bzw. das Jahr 2010 vor, so wie das etwa auch der DGB in jüngsten Stellungnahmen für realistisch hält. Angesprochen auf die Gefahren und Folgen weiterer 20 Jahre Kernenergienutzung meinte der Bischof, daß er früher keine realistische Chance sehe auszusteigen, ohne daß ernsthafte wirtschaftliche Folgen zu erwarten seien. Dies wiederum wurde von den Gesprächspartnerinnen bestritten auf seriöse Untersuchungen anerkannter wirtschaftswissenschaftlicher Institute verwiesen, die einen Ausstieg innerhalb von zwei Jahren ohne Erhöhung von Schadstoffemissionen, ohne volkswirtschaftliche Folgen und mit nur geringem finanziellen Mehraufwand für realistisch ansehen. Der Bischof kannte diese Untersuchungen nicht und versprach, sich danach genauer zu erkundigen. Ein erneutes Gespräch in zwei Jahren – der Zeitspanne, den die Mütter für realistisch hielten – wurde vom Bischof vorgeschlagen.



Auf den Einwand des Bischofs, daß ein rascher Ausstieg allein in der Bundesrepublik Deutschland das Gefahrenpotential nicht wesentlich senken würde, kam die Antwort der Mütter, daß gerade wegen dieser Tatsache europa- und weltweit Druck auf die entsprechenden Regierungen ausgeübt werden müsse, um aus der Kernenergie auszusteigen. Die „Mütter gegen Atomkraft“ haben diesen globalen Zusammenhang erkannt und im Sommer 1986 während der „Bonner Aktion“ allen Botschaften eine entsprechende Petition überreicht bzw. sich bei den Botschaftsvertretern bedankt, deren Länder bisher schon auf Atomenergie verzichtet haben bzw. ernsthaft den Ausstieg vorantreiben. Trotzdem wäre es nach Meinung der Mütter besonders wichtig, wenn die Bundesrepublik als hochindustrielles Land mit gutem Beispiel voranginge, weil davon eine Signalwirkung für andere Staaten ausgehen könne.

Einigkeit bei allen Gesprächsteilnehmern herrschte über die Notwendigkeit größtmögliche Anstrengungen zu unternehmen, um neue menschenfreundlichere Energieformen für die Zukunft zu entwickeln. Hilfreich auf dem Weg zum Ausstieg sei eine Abkehr von der Forderung nach immer mehr Energie. Gabi Högerl meinte, daß gerade Christen in ihr religiöses Leben Zeiten des Verzichts einbeziehen (Fastenzeit) und diesen Verzicht positiv erleben. Deshalb sollte die Kirche durch den Aufruf zu mehr Energieeinsparung dem ständigen Anstieg an Wohlstand ein Mehr an Lebensqualität auf anderen Gebieten gegenüberstellen.

Gefragt nach seiner persönlichen Meinung zur Kernenergie sagte Bischof Manfred, daß er Bischof sei und deshalb auch für wissenschaftlich politische Fragen nicht unmittelbar kompetent. Als Bischof habe er für alle da zu sein (siehe Konzilstext: Gaudium et spes Nr. 43). Christen können in solchen Fragen verschiedener Meinung sein. Keine Seite habe das Recht, die kirchliche Autorität allein für sich in Anspruch zu nehmen. Er wolle sich nicht vor diesen oder jenen Karren spannen lassen. Er müsse ohnehin jetzt schon mit persönlichen Verunglimpfungen, Bombendrohungen und Wandbeschriftungen leben. Dies würde sich wesentlich verschärfen, wenn er sich offen auf die Pro- oder Contra-Seite stellen würde. Der Bischof sucht den Dialog mit beiden Seiten.

Der beim Gespräch ebenfalls anwesende Generalvikar Fritz Morgenschweiß räumte ein, daß man die Menschen in der Welle der Angst direkt nach Tschernobyl zu lange alleingelassen habe. „Hier ist einiges versäumt worden.“ Er und der Bischof würden aber die Sorgen erkennen und sie ernst nehmen. Der Bischof käme aber nicht, wie so oft gefordert, zum Gottesdienst am Franziskusmarterl in Wackersdorf, da dies in falscher Weise gedeutet werden könne.

Bischof Manfred fragte die Mütter, ob sie durch ihren neuen Service, aktuelle Becquerel-Werte in Nahrungsmitteln per Anrufbeantworter (0941/24874) bekanntzugeben, nicht auch Ängste schüren würden. Dem wurde entgegengehalten, daß der unzureichende Informationsfluß zuständiger Stellen Unsicherheiten entstehen läßt, die durch das Angebot an Information abgebaut werden sollen.

Zuletzt wurde der Bischof gefragt, ob denn auch andere Gruppen von Kernkraftgegnern, z. B. der „Arbeitskreis Theologie und Kernenergie“ auf ein Gespräch mit ihm hoffen könnten. Bischof Manfred erwiderte energisch, daß es möglich sei, wenn die bisherigen persönlichen Beleidigungen bereinigt würden. Beide Seiten bedankten sich für das Gespräch.

Kurze Zusammenfassung:

Es gilt festzuhalten, daß der Bischof Manfred Müller durchaus für den Ausstieg ist, wenn auch nicht sofort, sondern in 20 Jahren. Über Ausstiegsszenarien zu früheren Zeitpunkten möchte er sich gerne informieren. Er erkennt die Sorgen und Ängste aller Menschen an, die insbesondere durch den Unfall von Tschernobyl verstärkt wurden. Er ist offen für einen Dialog mit allen Seiten, sofern persönliche Verunglimpfungen unterbleiben. Die Gruppe „Mütter gegen Atomkraft“ hofft durch ihr Gespräch dazu beigetragen zu haben, die gegenseitigen Vorurteile abgebaut und die Gesprächsbereitschaft gefördert zu haben,

Gaby Högerl



Ab Januar 1987 unternahmen wir Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ erneut Versuche, mit Abgeordneten der in den Parlamenten vertretenen Parteien, hier der CSU, SPD, FDP sowie der Grünen ins Gespräch zu kommen, um mit diesen über unsere Forderungen zu diskutieren. Dabei zielten wir dieses Mal bewusst darauf ab „mit den Parteien jeweils getrennt zu sprechen“, wie die Presseerklärung unseres Vereins vom 12. April 1987 dokumentiert.

MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT

12. April 1987

Presseerklärung

Die Ortsgruppe Regensburg der „Mütter gegen Atomkraft“ hat Anfang Januar beschlossen, ihre Forderungen und Anliegen den Volksvertretern direkt nahezubringen. Es wurden die vier wichtigsten, in den Parlamenten vertretenen Parteien, CSU, SPD, FDP und die GRÜNEN angeschrieben und zum Gespräch eingeladen. Die Mütter gingen von der Überlegung aus, daß es sinnvoller sein wird, mit den Parteien jeweils getrennt zu sprechen.

Im Einladungsschreiben wurde gebeten, daß jeweils ein(e) Vertreter(in) (bzw. Kandidat(in)) des Bundestages, des Landtages und des Stadtrates an dem Gespräch teilnehmen sollten. Da wir annehmen mußten, daß diesem Wunsch nicht ganz einfach zu entsprechen wäre, wurde die Termingestaltung den Parteien überlassen. So erklärt es sich, daß die 1. Gesprächsrunde mit der FDP bereits am 23.03.1987 stattfand, die GRÜNEN einen Termin am Donnerstag, den 14. Mai angeboten haben, die SPD unsererseits gebeten werden mußte, einen für den 13.04. vorgesehenen Termin auf Ende Mai zu verlegen und die CSU zwar Gesprächsinteresse signalisiert hat, jedoch bis heute noch keinen konkreten Termin nennen konnte.

Wir knüpfen folgende Erwartungen und Hoffnungen an diese Aktion „Wir befragen Politiker“:

- **Wir wollen** ein offenes Ohr für unsere Forderungen finden.
- **Wir wollen** die Standpunkte der Parteien mit konkreten Fragen zur Energiepolitik (Bau der WAA, Abschalten aller AKW ...)
- Umweltpolitik (Klärschlammproblem, alternativer Landbau ...)
- Gesundheitsvorsorge (Strahlenschutzgesetze, Meßeinrichtungen ...)
- Lebensmittelrecht (Kennzeichnung, Bestrahlung, Zusatzstoffe ...) ermitteln, miteinander vergleichen und dann auch entsprechende Schlüsse daraus ziehen.
- **Wir wollen** Informationen offen austauschen und auf Probleme hinweisen.
- **Wir wollen**, daß dort wo Gemeinsamkeiten festgestellt werden dann auch praktische Handlungen (z.B. Stellen von Anträgen an die Kommunalverwaltung gegenseitige Unterstützung erfahren.
- **Wir wollen**, daß bei unterschiedlichen Standpunkten die jeweils andere Seite für die Argumentation des Gegenüber zugänglich ist und ein „Nachdenken“ nicht von vorneherein verweigert wird.
- **Wir hoffen**, daß durch diese Gespräche beide Seiten, „Mütter“ wie „Parteien“ Impulse und Anregungen erfahren, die sich positiv auf die weitere Arbeit in der Zukunft auswirken können.

Der anliegende Fragenkatalog dient als Leitfaden und wird den Parteien im Voraus zugestellt, um Gelegenheit zur Vorbereitung zu geben. Wegen des doch erheblichen Umfangs der Fragen müssen im gegenseitigen Einvernehmen Schwerpunkte gesetzt werden. Die restlichen, während des Gesprächsabends nicht behandelten Punkte sollten schriftlich mitgebracht oder nachgereicht werden. Alle Gesprächstermine werden voraussichtlich in der Gaststätte „Valentin“, Lederergasse stattfinden und sie sind öffentlich. Die Presse ist jeweils herzlich zur Berichterstattung eingeladen. Die endgültigen Termine entnehmen Sie bitte der Tagespresse („Schwarzes Brett“) oder unserem telephonischen Ansagedien (0941/24874), über den sowohl aktuelle Strahlenmeßwerte als auch aktuelle Veranstaltungshinweise bekanntgegeben werden.

**Anlagen: Fragenkatalog
Gesprächsprotokoll mit der FDP**



Und im Mai 1987 wandten wir uns in Person von Eva Kyewski darüber hinaus an die Abgeordneten des Europaparlaments, als diese darangingen, ein Gesetz über Strahlenschutzgrenzwerte zu verabschieden:

Strahlenschutz-Grenzwerte in der Europäischen Gemeinschaft

AUFRUF

an die Abgeordneten des Europäischen Parlaments

Mit großer Bestürzung haben wir davon Kenntnis genommen, daß im Europaparlament ein Gesetz über Strahlenschutz-Grenzwerte verabschiedet werden soll, das nach einem möglichen Atomreaktorunfall im ersten Jahr einen Grenzwert für Milch von 20000 Bq/l und 30000 Bq/kg für sonstige Lebensmittel zuläßt. Im folgenden Jahr sollen diese Werte dann immer noch bei 4000 Bq/l, bzw. 5000 Bq/kg liegen.

Wenn es auch heute nicht möglich ist, anzugeben, wo für jeden einzelnen Menschen die Grenze der gesundheitlichen Gefährdung durch ionisierende Strahlen liegt, so ist es doch unbestritten, daß jede radioaktive Strahlung ein gesundheitliches Risiko darstellt, das mit der Höhe der Dosis steigt. Ebenso ist bekannt, daß die Gefahr von Strahlenschäden für Schwangere, für Kinder und für kranke Menschen besonders hoch ist. Wir sind deshalb der Auffassung, daß dieses Risiko durch radioaktive Strahlen nicht mit den sonstigen Risiken unseres Lebens vergleichbar ist und daher auch bei der als zumutbar anzusehenden Belastung von Lebensmitteln so niedrig wie irgend möglich gehalten werden muß.

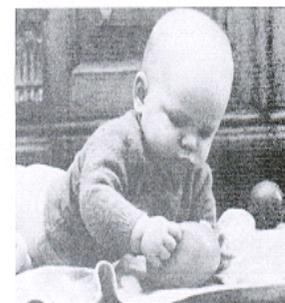
Wir fordern die Abgeordneten des Europäischen Parlaments auf, sich bei der Festlegung der Strahlenschutzgrenzwerte von dem Grundsatz leiten zu lassen, daß der Schutz der Bevölkerung, vor allem der Kinder, absoluten Vorrang hat. Die jetzt geltenden deutschen Grenzwerte sollten deshalb herabgesetzt, keinesfalls aber erhöht werden.

Entscheiden Sie sich bitte nach reiflicher Prüfung Ihres Gewissens für die Zukunft unserer Kinder und Enkelkinder, für ein Leben ohne Angst und Sorge vor atomaren Strahlenfolgen! Bedenken Sie, welche Verantwortung Sie tragen! Geschäft darf nicht vor Gesundheit gehen!

Außerdem entwarfen Mitglieder der „Mütter gegen Atomkraft“ unter Federführung von Thea Scholler ein zweiseitiges Flugblatt, in welchem die Gefahren von radioaktiver Strahlung gerade für Ungeborene und Säuglinge dargelegt wurden:

UND WER SCHÜTZT UNS ?

SCHÄDIGUNG VON UNGEBORENEN
UND SÄUGLINGEN DURCH
ATOMARE STRAHLUNG



Strahlenschutzvorsorgegesetz

Es gibt keinen Schwellenwert, unter dem radioaktive Strahlung unschädlich ist.

Die Schädlichkeit radioaktiver Strahlung liegt bei wachsendem Gewebe wesentlich höher als bei gesunden Erwachsenen. Zum Beispiel ist die Schilddrüsendosis von Neugeborenen durch Jod 131 mindestens 100 mal größer als die der Mutter. Da die Dosisberechnung nur vom gesunden Standarderwachsenen bzw. gesunden Standardkleinkind ausgeht, wird die Gesundheit von Ungeborenen, von Neugeborenen und von kranken Kindern ganz besonders gefährdet.

Trotzdem bleiben Ungeborene und Säuglinge im Strahlenschutzvorsorgegesetz unberücksichtigt.

Grenzwerte werden nur nach Abwägung von Kosten und Nutzen festgesetzt, nicht nach den Belastungen für Ungeborene und Neugeborene.

Bei der Berechnung der Grenzwerte werden nur solche Krebsfälle berücksichtigt, die zum Tod führen. Krebserkrankungen werden nicht als Maß für die Bewertung des Risikos herangezogen.

MÜTTER GEGEN
ATOMKRAFT

Untere Bachgasse 3
8400 Regensburg
Telefon 09 41 / 5 19 20

Spendenkonto: Sparkasse Regensburg
Konto-Nr. 144 113
BLZ 750 500 00



Mißbildungen

Nach der Einnistung in die Gebärmutter kommt es beim Embryo durch radioaktive Strahlung besonders leicht zur Ausbildung verschiedenartiger Mißbildungen und Anomalien. Dazu zählen z.B. Blindheit, Mongolismus, Wasserkopf, Gaumen- und Kieferspalten, Rückenspalten, Störungen des Knochenwachstums, krankhafte Verkleinerung des Schädels (Mikrozephalie) und geistige Entwicklungsstörung. Das Zentralnervensystem (damit auch das Gehirn) kann besonders in den ersten Schwangerschaftswochen leicht geschädigt werden.

Genetische Schäden

Ein Baby können wir fast im wörtlichen Sinn wachsen sehen. In ihm bilden sich Millionen und Abermillionen neuer Zellen. Besonders empfindlich gegenüber radioaktiver Strahlung sind die Gene, die die gesamten Erbanlagen eines Menschen enthalten.

Genetische Strahlenschäden bedeuten, daß die Erbanlagen vieler Menschen unwiderruflich verändert werden. Genschäden lassen sich oft erst nach mehreren Generationen feststellen, also bei unseren Enkeln und Urenkeln.

Während des Eisprungs besteht eine erhöhte Anfälligkeit für Genschädigung. Gengeschädigte Föten gehen häufig unbemerkt ab.

FAZIT:

Die Schädlichkeit radioaktiver Strahlen bei ungeborenen Kindern und Säuglingen ist wesentlich höher als beim gesunden Standardmenschen, an dem sich die Strahlenschutzverordnung orientiert. Trotzdem werden Ungeborene und neugeborene Kinder hier nicht berücksichtigt. Wir sehen es als ganz wesentliche Aufgabe an, auch hier für den Schutz des ungeborenen Lebens einzutreten. Frauen aus dem Bezirk Naroditschi, zwischen 50 bis 90 km von Tschernobyl entfernt, fragen erregt: "Wenn keine Gefahr besteht, wie man es uns immer wieder sagt- weshalb wird uns dann von einer Schwangerschaft abgeraten?"

(In der Zeitung Moskovskie novosti/Moscow News vom 19.2.89)

Wir fordern deshalb die sofortige Abschaltung aller Atomanlagen.

Quellennachweis:

Mütter gegen Atomkraft: Reden gegen die WAA 21. Juli 1988
Edmund Lengfelder: Strahlenwirkung-Strahlenrisiko
Keith L. Moore: Embryologie
Helen Caldicott: Wir müssen die Verantwortung auf uns nehmen.

V.i.S.d.P. Thea Scholler, Undorfer Str.5, 8411 Deuerling

Liebe Nachbarn,

wie Sie bestimmt der Presse entnommen haben, wird derzeit der zweite Versuch unternommen, die atomare Wiederaufarbeitungsanlage formal zu legalisieren. Der neue Sicherheitsbericht ist ausgelegt, die achtwöchige Auslegungs- und Einwendungsfrist läuft bis zum 22. April 1988. Jeder Mensch ist - ohne Nachteile befürchten zu müssen!- berechtigt, gegen das Projekt Einwendungen zu erheben. Nach dieser Frist haben Sie keinerlei rechtlichen Möglichkeiten mehr - bei event. Krankheiten, Unfällen usw.- gegen die WAA zu klagen.

Zum einen kann jeder seine persönlichen Einwendungen vorbringen, zum anderen haben verschiedene Organisationen Sammeleinwendungen vorbereitet, in denen die wichtigsten Risiken der WAA angesprochen werden. Diese Listen sollen vor allem ausdrücken, daß der Widerstand gegen die WAA nicht erlahmt oder am Absterben ist, wie dies verschiedentlich von Behörden verkündet wird, sondern stärker und breiter geworden ist.

Ich möchte alle Nachbarn nun darauf hinweisen, daß die Einwendungslisten der verschiedenen Gruppen bei mir zuhause sind, und daß sich jeder hier ohne großen Zeitaufwand eintragen könnte.

Ich hoffe nun, nicht falsch verstanden zu werden. Ich respektiere und achte einen jeden, der aus irgendwelchen Gründen glaubt, keine Einwendungen machen zu müssen und der anderer Meinung ist. Aufgrund meiner Überzeugung sehe ich mich aber veranlaßt, auf die Einwendungsmöglichkeiten hinzuweisen.

Mit der Bitte um Ihr Verständnis und mit dem besten Dank im voraus verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Thea Scholler

Die Listen der folgenden Organisationen können bei mir eingesehen bzw. können unterschrieben werden:

1. BUND NATURSCHUTZ
2. Prof. Dr. Dr. h.c. A. Weiss
3. Bürgerinitiativen
4. Betrifft: Landwirtschaft

Ab der Jahreswende ging es sodann vor allem darum, eigene individuelle Einwände gegen den für 1988 geplanten zweiten Erörterungstermin zur WAA zu formulieren, bzw. mit Listen mit den Einwänden verschiedener Organisationen Unterschriften zu sammeln:



POLIZEIPRÄSIDIUM
NIEDERBAYERN/OBERPFALZ

8400 Regensburg 11, 19. März 1987
Postfach 11 04 40 - Bismarckplatz 1
Fernsprecher: (0941) 506 - 820

Frau
Eva Kyewski
Ortsstraße 7
8411 Riegling

Sehr geehrte Frau Kyewski,

die bevorstehenden Veranstaltungen anlässlich des Osterfestes, des ersten Jahrestages des Unglücks von Tschernobyl am 26.04.1987 und des Pfingstfestes führen sicherlich zu Begegnungen zwischen Ihnen und uns. Da diese Veranstaltungen auch von Bürgerinitiativen und anderen Gruppen mitgetragen werden, besteht u.E. ein Anlaß, Ihnen ein Gespräch anzubieten, um Reibungsverluste nicht entstehen zu lassen und Meinungsverschiedenheiten nicht nachher austragen zu müssen, welche vielleicht vorher bereits aus dem Wege geräumt werden können.

Wir bitten Sie deshalb um Vorschläge für Zeit und Ort des Gesprächs. Im Interesse eines konstruktiven Dialoges sollte die Teilnehmerzahl nicht über 10 Personen Ihrerseits liegen. Es wäre für uns auch denkbar, mit mehreren Vertretern verschiedener Bürgerinitiativen gleichzeitig zu sprechen.

Mit freundlichen Grüßen
I.V.


Hartmann
Polizeiberrat

PS: Gleiches Schreiben ging auch an andere Bürgerinitiativen.

Ein weiterer Themenkomplex, mit dem wir uns in der Folge zu beschäftigen hatten, war unser Verhältnis zur Polizei, nachdem der Regensburger Polizeipräsident sich im Frühjahr 1987 brieflich an verschiedene BI's und Anti-Atomgruppen – unter anderem auch die Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ – gewandt hatte, um mit ihnen zum Thema „Gewalttätiger Widerstand“ in Dialog zu treten. Dieses Ansinnen beschieden die „Mütter gegen Atomkraft“ nach längeren Diskussionen innerhalb der Gruppe abschlägig, wie aus den folgenden Schreiben ersichtlich wird,

da wir den Behörden wegen verschiedener Erfahrungen und Vorkommnisse kein Vertrauen schenken konnten, wie aus den folgenden Briefen – etwa aus dem Schreiben an den Polizeipräsidenten Oberpfalz/Niederbayern vom 13. Mai 1987 - ersichtlich wird. Außerdem sahen wir uns schon aufgrund der prinzipiellen Friedfertigkeit der Gruppe als falschen Adressaten:

An das
POLIZEIPRÄSIDIUM OBERPFALZ/NIEDERBAYERN
Bismarckplatz,
8400 Regensburg.

Sehr geehrter Herr Polizeipräsident,

Sie haben sich in einem Brief an verschiedene BI's und Anti-Atom-Gruppen – unter anderem auch die Ortsgruppe Regensburg der Mütter gegen Atomkraft – gewandt. Wir möchten Ihnen – wenn auch mit Verspätung – kurz antworten. Der Ortsverband Regensburg der "MÜTTER GEGEN ATOMKRAFT" sieht derzeit keine Veranlassung, auf Ihr Gesprächsangebot einzugehen, da wir zu Fragen der Gewalt – als absolut gewaltfreie Gruppierung! – ein denkbar ungeeigneter Gesprächspartner sind. Wir hatten schon in der Vergangenheit niemals etwas mit gewalttätigen Formen der Auseinandersetzung zu tun, wollen dies auch in Zukunft so halten.

Daneben haben wir, hervorgerufen durch mannigfache eigene Erfahrungen, Erlebnisse und Beobachtungen in den letzten Jahren kein Vertrauen in eine Polizeiführung, die sich zum Vollstrecker von Gewaltmaßnahmen gegen uns und unsere Kinder machen läßt. Eine menschen- und umweltfeindliche Anlage wie die WAA – und Tschernobyl und verschiedene andere Vorkommnisse der letzten Zeit haben dies augenfällig dokumentiert – eine absolute Gefahr für uns dar, deren Gewalt wir hilflos ausgeliefert sind. Was die Frage der sonstigen Gewalt anbelangt, hat sich die Polizeiführung bisher auch niemals von eigenen "Überreaktionen" und eindeutigem Fehlverhalten ihrer Leute, von ihren "Gewalttätern" distanziert und bei der oberpfälzer Bevölkerung entschuldigt; vielmehr zeigten die verschiedenen polizeilichen Maßnahmen durchaus System, dienten lediglich dazu, mißliebige Opponenten aus unserer Region zu kriminalisieren bzw. einzuschüchtern. Vor diesem Hintergrund ist das bisweilen recht brutale Vorgehen auch gegen friedliche Demonstranten, beispielsweise Reizgas-einsätze gegen Spaziergänger beim Baugelände der WAA, darunter oft auch Eltern mit ihren kleinen Kindern zu sehen, noch dazu mit Kampfmitteln, die nach der Genfer Konvention sogar im Kriegsfall geächtet wären. Hierzu zählen auch willkürliche Festnahmen, ungerechtfertigte Haussuchungen, das un-

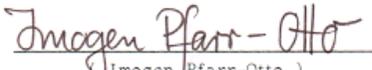
rechtmäßige Abreißen genehmigter Gebäude – so etwa der Bühne des 1. (völlig friedlichen!) Anti-WAA-Folk-Festivals im Taxölderner Forst –, und Schikane gegen völlig unbeteiligte Passanten etwa bei der Regensburger Anti-Atom-Bundeskonferenz im Herbst des vergangenen Jahres. Diese Liste könnte gewiß noch erweitert werden. Ihnen aber, Herr Polizeipräsident, dürfte kein einziger Fall bekannt sein, in dem wir "Mütter gegen Atomkraft" Gewalt in irgendeiner Form angewendet haben.



Warum also ein Gesprächsangebot zu einem Themenbereich, der vom **eigentlichen Problem** nur ablenkt. Uns geht es um die Verhinderung lebens- und gesundheitsgefährdender Atom- und Chemieanlagen, wir wollen für uns, v.a. aber für unsere Kinder eine atomfreie und gesunde Umwelt!

Wenn die Polizei eine Möglichkeit sieht, dieses unser legitimes Anliegen aktiv zu unterstützen, uns bei unserem Bemühen um eine gesunde und atomfreie Umwelt für unsere Kinder zu helfen – unser Traum wäre es, daß sich die Polizei nicht länger zum Handlanger einer quasi verbrecherischen und menschenverachtenden Politik machte, daß man sich von Ihrer Seite aus endlich einmal weigerte, den Bau einer menschen- und umweltgefährdenden WAA und ähnlicher Anlagen zu bewachen und zu schützen –, sind wir jederzeit und gerne zu einem Gespräch mit Ihnen bereit. Denn ohne die Unterstützung von Polizei – und ggf. Militär – könnten derartige Anlagen nicht gebaut werden. Von einer – wenn schon nicht rechtlichen, so doch moralischen – Mitschuld wird man Sie und Ihre Beamten – nach einem erneuten, vielleicht todbringenden Super-Gau nicht freisprechen können.

Hochachtungsvoll


(Imogen Pfarr-Otto)

Diesem persönlichen Schreiben ließen wir Mütter einen Offenen Brief an die Polizeiführung von Niederbayern/Oberpfalz sowie am 18. Mai 1987 eine Pressemitteilung über diesen Offenen Brief mit fast dem gleichen Wortlaut folgen, wo sie ihre Bedenken konkretisierten:

In einem weiteren Brief wandten sich die „Mütter gegen Atomkraft“ wieder an die Politik:

Mütter gegen Atomkraft 18. Mai 1987

MITTELBAYERISCHE ZEITUNG

Im direkten Gespräch weitere Impulse erfahren „Mutter gegen Atomkraft“ wenden sich an Politiker Nach wie vor reges Informationsbedürfnis der Bürger

Regensburg (hs). Wer seine Ernährungsgewohnheiten ändert und auf Fleisch und Wurst verzichtet, der nimmt nur die Hälfte der radioaktiven Belastung auf, die sich seit der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Nahrungskette befindet. Diese Empfehlung gibt der Verein „Mütter gegen Atomkraft e.V.“, wobei sich diese Organisation auf Erkenntnisse der Gesellschaft für Strahlenforschung stützt. Ein weiterer Tip: Kleinkindern sollte man nur Babynahrung verabreichen, deren Haltbarkeitsdatum auf die Zeit nach Dezember 1987 festgesetzt ist; diese Nahrung gelte als unbedenklich.

Mit dieser Empfehlung verknüpfen die „Mütter gegen Atomkraft“ zugleich eine Forderung Eva Kyewskis. Eine der Regensburger Sprecherinnen dieser Organisation, meinte in einem Gespräch mit der MZ: „Es muss gesetzlich verankert werden, dass amtliche Lebensmittel mit

Herstellungsdatum und Herkunftsland gekennzeichnet sind.“ Indes seien aber die Grenzwerte von der Regierung so festgesetzt worden, „dass sie zwar noch für die Wirtschaft rentabel sind, aber keinerlei gesundheitsschädliche Aussagekraft besitzen“. So habe sich beispielsweise gezeigt, dass bestimmte Produkte wie zum Beispiel Tee oder Haselnüsse aus der Türkei als Folge der Katastrophe absolut ungenießbar sind. Die Liste solcher Problem-Erzeugnisse ließe sich beliebig fortsetzen, schließlich stammen diese Erkenntnisse aus einer Serie von Messproben, welche die „Mütter gegen Atomkraft“ seit geraumer Zeit kontinuierlich durchführen lassen.

Wer sind diese „Mütter gegen Atomkraft“? Thea Scholler: „Wir sind ein bundesweiter Verein mit Sitz in München, der sich nach der Katastrophe gegründet hat.“ Demnach gibt es allein in Bayern zirka 60 Ortsgruppen mit rund 1500 Mitgliedern, die bundesweit mit allen Bürgerinitiativen zusammenarbeiten, die sich nach Tschernobyl gegründet haben. Überdies ist die Mitgliedschaft in dieser gemeinnützigen Organisation für jedermann möglich, Frauen und Männer, „man muss nicht einmal Kinder haben“. Der etwas irreführende Name des Vereins erklärt sich allerdings daher, „dass unmittelbar nach der Katastrophe die Mütter von den Folgen am stärksten betroffen waren. Wir waren vom Spielverhalten unserer Kinder am stärksten berührt, mussten die Kleinen besonders beaufsichtigen und regelmäßig duschen.“ Damals, als die Milch stärker belastet war und das Freilandgemüse aus dem Verkehr gezogen wurde, waren es vor allem die Hausfrauen und Mütter, die nach dem ersten Schock, der Betroffenheit und der Ratlosigkeit dennoch ein Essen auf den Tisch stellten, dass doch möglichst „unbedenklich“ zubereitet sein sollte.



Seither hat sich vieles geändert. Christine Cerull; „Die Katastrophe ist im Gedächtnis der Menschen präsent, das zeigt sich noch heute in den Gesprächen, die wir an unseren Infoständen mit den Bürgern führen.“ Wenn auch die Angst abgeklungen ist, so herrscht nach wie vor ein reges Informationsbedürfnis. „Unsere regelmäßigen Veröffentlichungen über die Belastung bzw. Nicht-Belastung von Lebensmitteln stoßen auf außergewöhnlich hohes Interesse. Unser telefonischer Ansgedienst (0941/24874) wird sehr stark in Anspruch genommen.“

Deutlich werde in diesen Gesprächen auch, dass viele Menschen erst nach dem Schock von Tschernobyl die friedliche Nutzung von Atomenergie ablehnen. Als Folge dieser Erkenntnis hat die Regensburger Ortsgruppe der „Mütter gegen Atomkraft“ beschlossen, ihre Forderungen und Anliegen den Volksvertretern direkt zu übermitteln, wobei die in den Parlamenten vertretenen Parteien zum getrennten Gespräch eingeladen wurden. Eva Kyewski: „Wir wollen ein offenes Ohr für unsere Forderungen finden, die Standpunkte der Parteien zu Fragen der Energie- und Umweltpolitik, Gesundheitsvorsorge und Lebensmittelrecht vergleichen und die entsprechenden Schlüsse daraus ziehen. Wir hoffen, dass durch diese Gespräche beide Seiten Impulse und Anregungen erfahren, die sich positiv auf die weitere Arbeit in der Zukunft auswirken.“ Zu den politischen Forderungen der „Mütter“ gehören selbstverständlich die Einstellung von Planung, Bau und Betrieb aller Atomanlagen sowie der WAA.

Dies setzt selbstverständlich auch einen bewussten Umgang mit der Energie voraus. „Wer gegen Atomstrom ist, der muss auch sein Verhalten ändern!“ So gebe es Sparmöglichkeiten im Haushalt durch die Verwendung energiesparender Geräte. Auch sollten alternative Energieerzeuger stärker erforscht, gefördert und eingesetzt werden. Welche Möglichkeiten es gibt, bewusster und sparsamer mit der Energie im Haushalt umzugehen, darüber informieren Bildungsseminare, die von den „Müttern gegen Atomkraft“ abgehalten werden. Christine Cerull: „Energieeinsparung ist bereits eine Energiequelle ohne jegliche Einbuße an Komfort.“

Als ein Berufs- und Gewerkschaftskollege eines unserer Mitglieder wegen einer Zeitungsannonce gegen die WAA, für die er presserechtlich verantwortlich gezeichnet hatte, vom Bayerischen Kultusministerium und der Regierung der Oberpfalz als direkter Dienstherr mit einem Disziplinarverfahren überzogen wurde, reagierte eine Lehrerin, die die Annonce ebenfalls unterzeichnet hatte, am 19.02.1988 als „Mutter gegen Atomkraft“ aber auch als Kollegin und Mitglied der GEW mit einem Leserbrief an die „Mittelbayerische Zeitung“ sowie an den „Neuen Tag“, um den Angegriffenen solidarisch zu unterstützen:

An die
REGIERUNG DER OBERPFALZ
Emmeramsplatz 8
8400 Regensburg

Betreff
Mitunterzeichnung einer Anzeige „Wir lassen uns nicht einschüchtern“!
in der „MITTELBAYERISCHEN ZEITUNG“ und im „NEUEN TAG“
vom 14./15.02.1988 – Vollzug der Bayerischen Disziplinarordnung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Überraschung und Betroffenheit habe ich der Presse, sprich: der „WOCHE“ vom 26.11.1987 entnommen, daß gegen den Kollegen Anton Plommer ein Vorer-mittlungsverfahren wegen der oben angeführten Anzeige eingeleitet worden und anscheinend bisher auch noch nicht eingestellt worden ist,

Wie nicht wenige meiner Kollegen/Kolleginnen bin ich Mitunterzeichner dieser Anzeige, habe sie auch mitfinanziert, und ihr Inhalt entspricht auch heute noch meiner Überzeugung, da sich jeder bewußte Demokrat, und vor allem ein Beamter, der nicht einer Staatsregierung sondern letzten Endes der ganzen Bevölkerung verantwortlich ist, auch von obrigkeitlichen Maßnahmen und Stellungnahmen nicht einschüchtern lassen darf, wenn diese gegen sein Gewissen verstoßen.

Hierzu trage ich als Mutter nicht nur Verantwortung für meine eigenen, sondern als Lehrerin auch für die mir anvertrauten Kinder.

Wie sehr die Befürchtungen der Atomgegner berechtigt waren und sind, haben darüber hinaus nicht nur die letzten Wochen mehrfach unter Beweis gestellt. Nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl war ich entsetzt und empört über die meines Erachtens geradezu sträfliche Nachlässigkeit der Schulbehörde, uns Lehrer nicht über die Gefahren aufzuklären, denen wir und die uns anvertrauten Kinder zeitweilig auf Sportplätzen und Pausehöfen ausgesetzt waren. Ich frage mich seitdem, wie meine eigenen schulpflichtigen Kinder im Falle einer erneuten Katastrophe in ihrer Schule geschützt werden, und was ich als Lehrerin in einem solchen Fall mit den mir anvertrauten Kindern machen soll.



Nach meiner Information ist die Regierung der Oberpfalz der Auffassung, daß mit der oben erwähnten Anzeige gegen das Gebot der Mäßigung bei der politischen Betätigung eines Beamten verstoßen worden sei. Sollte diese Auffassung allen Ernstes weiter von der Regierung der Oberpfalz vertreten werden, stellt sich mir die Frage, ob und inwieweit ich mich – wie wohl jeder andere Beamte auch – in Zukunft weiterhin politisch engagieren und für die Erhaltung meiner Heimat einsetzen kann, wobei politisches Engagement meines Wissens zu unseren unverzichtbaren Grundrechten gehört und jede Demokratie nur durch den lebendigen Einsatz und die Zivilcourage ihrer Bürger lebensfähig ist.

Ich möchte Sie höflich bitten, mir eindeutig zu bestätigen, daß ich mich, genau wie alle anderen Kollegen, die die Anzeige mitgetragen haben, im Rahmen der Bayerischen Disziplinarordnung bewegt und nicht gegen sie verstoßen habe und beantrage eine förmliche Erklärung über diesen Sachverhalt!

Meiner Ansicht nach sollte auch das etwaige Verfahren gegen Herrn Plommer unverzüglich eingestellt werden! Kritiker wie er, die leider mit ihren Befürchtungen recht behalten haben, sollten nicht gemäßregelt sondern eher ausdrücklich belobigt werden-

In der Hoffnung auf eine baldige Antwort verbleibe ich mit bestem Dank im Voraus

Hochachtungsvoll

Imogen Pfarr-Otto

Es bleibt an dieser Stelle zu berichten, dass die Leserbriefschreiberin sowie ihre Kollegen, die sich ebenfalls an die Öffentlichkeit gewendet hatten, seitens der Regierung der Oberpfalz die Antwort erhielten, dass ein Verfahren gegen sie eingestellt worden war. Und auch das Verfahren Anton Plommer wurde schließlich sang- und klanglos „beerdigt“.

1990 berichtete eine kurze Notiz in der „MZ“ von einer weiteren solidarischen Aktion der Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“, diesmal zugunsten der Kinder von Tschernobyl:

Mütter gegen Atomkraft sammeln für die Kinder von Tschernobyl

mrn. Vier Jahre nach dem Gau von Tschernobyl leben noch immer über zwei Millionen Menschen in radioaktiv hoch belasteten Gebieten der Ukraine und Weißrußlands in der Angst, bereits zu den Strahlenopfern zu gehören. Von den rund 10 000 Kindern unter 15 Jahren leiden viele an lebensbedrohlicher Schwächung des Immunsystems, Krebs, Schilddrüsenfehlfunktionen oder Trübung der Augenlinsen. Den Tschernobyl-Jahrestag am 26. April nahmen die Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ zum Anlaß, zu Spenden für diese Kinder aufzurufen.

Benötigt werden u.a. Schmerzmittel, Kindernahrung und Vitaminpräparate. Unter dem Kennwort „Kinder von Tschernobyl“ hat die Münchner Organisation des als gemeinnützig eingetragenen Vereins ein Spendenkonto bei der Raiffeisenbank München Aubing eingerichtet, unter der Nummer (....)

Bei Rückfragen steht Thea Scholler, Undorfer Straße, in 8411 Deuerling (....) zur Verfügung.



In Bezug auf die radioaktive Belastung in Regensburg reagierten wir „Mütter gegen Atomkraft“ am 07. Dezember 1992 auf Informationen einer Sendung des ARD-Ratgebers Technik vom 10.05.1992 mit der folgenden Anfrage an das Regensburger Energieunternehmen REWAG:

REWAG
Greflingerstraße 22,
8400 Regensburg.

Sehr geehrte Damen und Herren,

am 31. August 1992 war in einem Artikel in der »Mittelbayerischen Zeitung« unter der Überschrift »Keine Radioaktivität im Regensburger Erdgas« nachzulesen, daß in unserer Stadt seit Jahren regelmäßig Stichproben-Untersuchungen hinsichtlich natürlicher Radioaktivität stattgefunden hätten, und daß man dabei keinerlei Anzeichen auf Radioaktivität in dem nach Regensburg gelieferten Erdgas habe feststellen können!

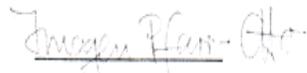
Dagegen wurde in einer Sendung des ARD-Ratgebers TECHNIK vom 10.05.1992 die Behauptung aufgestellt, daß weder die Gasversorger noch das Bundesamt für Strahlenschutz bei uns jemals Messungen in dieser Richtung durchgeführt hätten!

Uns würde nun interessieren, welche Meldung damals zutreffend war, und wie der Stand der Dinge heute ist. Daneben würde ich gerne wissen, - sollten in Regensburg überhaupt jemals Messungen vorgenommen worden sein -, **wer** in Regensburg gemessen hat und **wie oft und in welchen Abständen** Messungen vorgenommen wurden. Auch wäre es für uns wichtig zu wissen, wie man hinsichtlich etwaiger Messungen in der Zukunft vorzugehen beabsichtigt! **Wer wird in welchen Zeitabständen Messungen vornehmen?**

Sollte das Gas in Regensburg radioaktiv belastet sein, inwieweit - und auf der Grundlage welcher Gesetze - käme man in diesem Falle der Informationspflicht gegenüber der Öffentlichkeit nach?

In der Hoffnung auf eine baldige und ergiebige Auskunft verbleiben wir mit bestem Dank im voraus

Hochachtungsvoll



(Imogen Pfarr-Otto)

Einrichtung eines Büros in der „Unteren Bachgasse“



(Fotos von Herbert Baumgärtner)





(Fotos von Herbert Baumgärtner)

Wegen des inzwischen doch recht großen Arbeitsaufwandes und um die Arbeit der „Mütter gegen Atomkraft“ mit den Aktivitäten anderer Gruppen von WAA-Gegnern zu koordinieren, aber auch um eine ständige Anlaufstelle zu haben, richteten wir am 01. Januar 1988 in der „Unteren Bachgasse“ ein Büro ein. Hier konnte man sich – auch unter Mitnahme der Kinder – zwanglos zu Gesprächen treffen. Außerdem bot dies die Gelegenheit, ABM-Kräfte zu beschäftigen, deren Teilfinanzierung seitens der Agentur für Arbeit erfolgte.



**Weitere spektakuläre Aktionen gegen die geplante WAA 1986/1989
Musikeinlage der „Mütter gegen Atomkraft“ beim BUND-WACKERSDORF-FORUM
1986 in Schwandorf**

Von Brigitte Frank und Imogen Pfarr-Otto, basierend auf einer Idee von Beate Seitz-Weinzierl, stammt das folgende Theaterstück, das ebenfalls beim BUND-WACKERSDORF-Forum am 20.09.1986 in Schwandorf aufgeführt wurde.

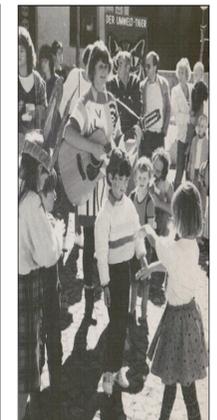
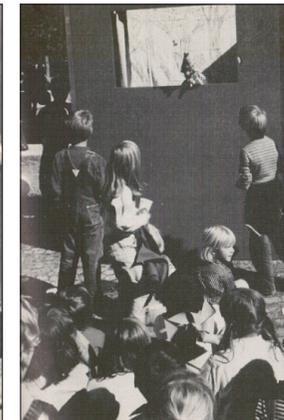
In der „Mittelbayerischen Zeitung“ vom 17. Mai 1988 war der folgende Bericht über die Aufführung des Theaterstücks während der Regensburger Heimattage zu lesen.



1. Bei Kasperl zuhause:
Gretl: „Kräht der Hahn früh am Morgen, krähet laut, krähet weit, Guten Morgen, lieber Kasperl, a schöner Tag is heut, Guten Morgen, lieber Kasperl, a schöner Tag is heut! Aufstehn, Faulpelz! Schau, was für a schöns Wetter heut' ist! Komm, Kasperl, heut mach ma an Waldspaziergang!“
Kasperl (gähnt): „Keine Lust! Seit's keine Räuber mehr gibt im Wald, g'fallt's ma da nimmer!“
Gretl: „Aber Kasperl! Im Wald gibt's doch noch viel schönere Sachen als Räuber!“
Kasperl: „Stimmt das, Kinder? Ich kann mir gar net vorstell'n, was im Wald noch schöner sein soll als ein Räuber!“
(Kinder: „Tiere, Beeren, Rehe . . .“)
Kasperl: „Also gut, gemma!“
Gretl: „Ich hol bloß noch mein Schwammerlkorb. Geh derweil schon voraus!“

2. Im Wald:
Kasperl: „Ihr habt ganz recht gehabt, Kinder! So eine himmlische Ruhe und so eine gute Luft! Ich leg mich a bissel her, bis die Gretl kommt.“ (Ein Polizeihubschrauber dröhnt über den Wald – Kasperl fährt auf.)
Kasperl: „Jessas na! Ist das aber eine große Hummel! So eine große, häßliche und laute“

(zu den Kindern)
 Ob die vielleicht auch sticht?“
(Kinder: „Das ist doch ein Polizeihubschrauber.“)
Kasperl: „Das glaub' ich Euch nicht. Es gibt doch keine Räuber mehr im Wald! Was will er denn dann?“ (zum herankommenden Bären gewandt)
 Bist Du das, der hier dauernd so einen Krach macht?“
Bär: „Das ist ja ein furchtbarer Lärm. Man kann nicht mal mehr in Raube seinen Honig essen vor lauter Lärm und Unfrieden. Ich mache den Lärm nicht! Ich habe gedacht, Du machst so einen Lärm!“
Kasperl: „A woher. Ich doch nicht. Die blöde Riesenhummel war's. Die Kinder haben aber gesagt, das war a Polizeihubschrauber!“
Bär: „Jaja, Polizisten gibt's hier im Wald schon bald mehr als Bäume! Überall stolpert man über die. Ich such mir jetzt an ruhigeren Wald. Hier wird's langsam ungemütlich. Servus, Kasperl!“
Kasperl: (nachdenklich): „Was tun denn die ganzen Polizisten hier im Wald? Ob's vielleicht doch noch Räuber gibt?“
Hase: (kommt angehetzt): „Vorsicht, Kasperl! Versteck Dich! Sie san hinter mit her!“



Der Kasperl erklärt die Sonnenenergie

Bunte Ausstellung der „Mütter gegen Atomkraft“ gab Anstöße zu umweltbewußtem Handeln

mko. „Wir wollen mit unserer Ausstellung zeigen, wie wir die Heimat pflegen“, erzählt Imogen Pfarr-Otto von „Mütter gegen Atomkraft“. Mit Unterstützung zweier anderer Initiativen, der „Regensburger Eltern“ und des „Familienkreises“, organisierten die engagierten Mütter eine unterhaltsame Informationsveranstaltung als Beitrag zur Regensburger Heimatwoche. „Wir pflegen die Heimat, indem wir versuchen Energie zu sparen, möglichst wenig Müll zu produzieren, Biobauern zu unterstützen, eben im ganzen umweltbewußt zu leben“, schildert die Volksschullehrerin Pfarr-Otto.

dem der Energieverbrauch von Haushaltsgeräten bestimmt werden kann. Künftig wollen es die Mütter an Interessenten verleihen. Den „Regensburger Eltern“ hingegen lag besonders die Müllproblematik am Herzen. So plädierten sie für Abfallvermeidung und intensivere Wiederverwertung. Denn neben Altglas und Altpapier sind auch Aluminium, Batterien, Weißblech, Kunststoffe und nicht zuletzt organischer Abfall recyclingfähig. Beim Basteln mit Müll demonstrierten die Kinder, wie die sonst als Abfall weggeworfenen Rohstoffe phantasievoll wiederverwertet werden können: Aus Kronkorken formierten sich „Musikinstrumente“.

Zum einen dokumentierten die „Mütter gegen Atomkraft“ mit Zeitungsausschnitten und Fotos von Aktionen ihre Aktivitäten, die die Demonstration am Jahrestag des Tschernobylunglücks ebenso einschließen wie den Informationsstand zum Energiesparen auf der Donauausstellung oder den Briefwechsel mit Bischof Manfred Müller zum Thema Atomkraft.

Zum anderen versuchten sie, bei den Besuchern, die nicht ohnehin schon einer der drei Initiativen angehörten, eine Bewußtseinsveränderung in Gang zu setzen. Dabei war dem Ideenreichtum der Organisatorinnen keine Grenzen gesetzt: Beim Energiesparspiel konnten Ökopunkte gesammelt werden.

Auf reges Interesse der kleinen Gäste stieß ein von zwei Müttern inszeniertes Kasperltheater, das die Kinder nach dem Motto „Der Kasperl heizt dem Teufel ein“ mit der Sonnenenergie vertraut machte. Darüber hinaus stellte die Initiative ein neuartiges Meßinstrument vor, mit



Weihnachtsbasar in der Adventszeit 1986



In der Adventszeit 1986 führten die „Mütter gegen Atomkraft“ in der Regensburger Fußgängerzone einen „Weihnachtsbasar“ durch, dessen Erlös den Kindern von Tschernobyl zugutekommen sollte. Dabei wurden sie an ihrem Verkaufs- und Infostand auch musikalisch von der kleinen Tochter eines Mitglieds der Gruppe unterstützt.

Die „Kuh-Aktion“ zum Tschernobyl-Tag 1987



Der Ernährungsarbeitskreis der „Mütter“ brachte am 25.04.1987 eine selbstgebastelte lebensgroße Kuh zum Infostand der Gruppe beim „Kaufhof“ in Regensburg, wo kostenlos strahlenarme Milch verteilt wurde, um auf die Strahlenbelastung der Milch nach Tschernobyl aufmerksam zu machen.



Der Tod neben selbstfabrizierten essbaren KKW's - absoluter „Renner“ bei den Ständen der „Mütter“



„Schifferfahrt gegen die WAA“



(Fotos Herbert Baumgärtner)



Großen Anklang und Beifall bei vielen Regensburgern fand auch eine „Schifferfahrt“ der „Mütter gegen Atomkraft“ auf der Donau während der „Aktionstage gegen die WAA“ im Oktober 1987 in der Oberpfälzer Metropole. Um auf eine mögliche Belastung der Flüsse Donau und Naab durch radioaktiv verseuchtes Wasser seitens der geplanten WAA hinzuweisen, mieteten wir ein Schiff, behängten es mit Transparenten und fuhren am 08.10.1987

mit vielen Müttern, Kindern und Vätern eine Stunde auf der Donau die Regensburger Altstadt entlang. Leider weigerte sich im darauffolgenden Jahr die Schifffahrtsgesellschaft ohne Angabe von Gründen, den „Müttern“ ein Schiff für eine ähnliche Aktion zu vermieten.

(Foto Herbert Baumgärtner)



Am WAA-Fasching auf dem Baugelände (Roter Kreuz-Platz) am 14.02.1988, der von den Regensburger „Müttern gegen Atomkraft“ mitgestaltet wurde, sang und spielte eine der Mütter auf der Gitarre Lieder für die Kinder, die dazu tanzten. Michael Sailer vom Ökoinstitut Darmstadt fungierte als „Mikrofonhalter“.



(Foto Herbert Baumgärtner)

Der Besuch einer Abordnung von Vertretern von Atomenergie betroffener indigener Völker – eine Aktion in Verbindung mit der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und dem „Evangelischen Bildungswerk“ Regensburg

Vor allem verschiedene indigene Völker waren und sind bis heute direkt von verschiedenen Folgen der Atomenergie betroffen, wie uns anlässlich dieses Besuchs so richtig bewusst geworden ist, durch die Folgen von Atombombenversuchen auf ihrem Territorium, durch Uranabbaustätten oder Mülldeponien für radioaktiven Müll.

→ Kernwaffentests ab 1945

https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_von_Kernwaffentests

Link zu Webpage zu den bisherigen Atombombenversuchen (visualisiert)

<https://www.youtube.com/watch?v=kOu7GtGgRxw>

→ Internationale Uranabbaustätten

https://de.wikipedia.org/wiki/Uran/Tabellen_und_Grafiken

→ Deponien für radioaktiven Müll / Endlagersuche

https://de.wikipedia.org/wiki/Radioaktiver_Abfall

<https://www.tagesschau.de/ausland/euatommuell100.html>

Die Vertreter der betroffenen indigenen Völker fanden anlässlich ihres Deutschlandbesuchs im Jahr 1988 die bereitwillige Unterstützung von uns „Müttern gegen Atomkraft“. Wir nahmen die Besucher während ihres Oberpfalz-Aufenthalts bei uns auf. Initiiert worden war diese Aktion von der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ sowie in Verbindung mit dem „Evangelischen Bildungswerk“ Regensburg. Dieser Besuch, verbunden mit zahllosen intensiven Gesprächen, löste bei uns „Müttern“ und wohl nicht nur bei uns – einige Betroffenheit aus. Uns wurde erstmals so richtig bewusst, dass auch viele WAA-Gegner bei ihrem Kampf gegen die WAA in der Oberpfalz bisher Nabelschau betrieben und nach dem St. Florians-Prinzip gehandelt hatten, waren wir doch ausschließlich von der Bedrohung für die eigene Region ausgegangen. Jetzt aber wurde klar, dass auch die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie bereits viel früher zahllose Opfer gefordert hatte und noch forderte. Außerdem waren die „Mütter gegen Atomkraft“ aus Regensburg darüber empört, dass diese Abgesandten ihrer Nationen damals weder von der Regensburger Stadtspitze noch vom Regensburger Bischof Dr. Manfred Müller empfangen wurden:

Stattblatt – REGENSBURGER Monatszeitung für Ökologie, Kultur und Politik, Mai 1988, S. 10 Energiepolitik und 3. Welt"

Im Folgenden schildert Thea Scholler von den „Müttern gegen Atomkraft“ ihre Eindrücke von Gesprächen mit Indianern aus den USA, die bei einer Veranstaltung des Evangelischen Bildungswerkes vom 16.04.1988 über den Uran-Raubbau in ihrer Heimat* berichtet hatten.

Wir „Mütter gegen Atomkraft“ stellten Unterkünfte zur Verfügung. Viel Zeit für Gespräche hatten wir nicht. Denn nach einem langen Abend waren alle sehr müde und am nächsten Morgen ging es weiter nach Wackersdorf, wo Landrat Schuierer zum Mittagessen eingeladen hatte.

Die amerikanischen Indianer leben heute in Reservaten, die zwei Prozent ihres ursprünglichen Landes ausmachen. 80 Prozent des in den USA gewonnenen Uranerzes werden in diesen Reservaten abgebaut. Allein die fünf bayerischen Kernkraftwerke brauchen jährlich einen Nachschub von rund 170 Tonnen Uran. Um diese Menge Kernbrennstoff zu gewinnen, müssen etwa 450.000 Tonnen uranhaltiges Gestein abgebaut werden, das dann in gigantischen, strahlenden Abraumhalden liegenbleibt.

Jim Garrett von den Lakota-Indianern (Sioux) erzählte, dass sie das Trinkwasser von dem Fluss nehmen müssen, der auch durch das Uranabbaugebiet fließt, ohne zu wissen, wie hoch verstrahlt das Wasser ist. Geld für Messungen ist nicht vorhanden. 80 Prozent der Indianer seien arbeitslos, das Alkoholproblem ist daher sehr groß. Diejenigen, die Arbeit haben, sind zum Großteil bei der amerikanischen Regierung angestellt, z.B. als Straßenarbeiter. Jim hatte das Glück, dass er von seinen Eltern in eine höhere Schule geschickt wurde, wo sonst nur Weiße unterrichtet werden. Reservatschulen, die normalerweise von den Indianern besucht werden, stehen auf einem niederen Bildungsniveau. Somit haben die Indianer wenig Chancen, gute Arbeitsplätze zu bekommen. Jim studiert jetzt und lebt von Tauschgeschäften. Er erzählte, dass er früher mal 25 Pferde und 120 Rinder besaß, was meine Kinder mächtig beeindruckte. Joan Wingfield von den australischen Kokotha berichtete uns von Atomtests und Uranabbau in ihrem Land. Wenn wir Atomstrom benutzen, machen wir uns mitschuldig am Tod ihrer Angehörigen und Landsleute.

Wir waren alle sehr betroffen von diesen Tatsachen, wussten wir doch nicht, dass diese Minderheiten, die in ihrem Land keine Rechte haben, für unser bequemes Leben und unseren hohen Lebensstandard als Versuchspersonen missbraucht werden. ...

Briefe an die CSU-Fraktion und Bischof Manfred Müller mit der Bitte um einen Gesprächstermin wurden abgelehnt. Die CSU erklärte, für die ‚angeführten Gesprächstermine‘ gebe es ‚keine Zuständigkeit der CSU-Fraktion‘.

Thea Scholler“



Bereits am 19. April 1988 war der folgende Artikel in der „Mittelbayerischen Zeitung erschienen:

**„Wir sind die Versuchstiere der westlichen Welt“
Ureinwohner aus Kanada, USA, Australien und Tahiti
protestieren gegen Uranbergbau und Atomtests**

Regensburg (mbv). „Wir sind es müde, einen langsamen Tod zu sterben!“ Unter dem Motto „Das Uran muss in der Erde bleiben!“, schilderten am Samstag in Regensburg neun Sprecher von Ureinwohner-völkern die Auswirkungen der „radioaktiven Kolonisierung“ ihrer Heimat. Als Folgen von Atomtests und Uranabbau durch die Industriestaaten nannten sie eine Häufung von Miss- und Totgeburten, Krebs und Gehirntumorunfällen. Die Gruppe ist auf Einladung des Bundes für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Gesellschaft für bedrohte Völker in der Bundesrepublik.

„Seit 20 Jahren werden wir von den Franzosen bombardiert“, erzählte Charlie Ching aus Polynesien. Auf den unbewohnten Atollen Moruroa und Fangataufa fanden bislang nach Angaben des BUND 125 Atomwaffentests statt, davon 41 überirdisch. Tests in Moruroa seien ungefährlich, weil da so wenig Leute lebten, zitiert Ching eine französische Untersuchung aus dem Jahr 1983. Nach einer BUND-Dokumentation leben rund 7000 Menschen im direkt von den Tests betroffenen Gebiet. „Sind wir Ratten?“, fragt der Südseeinsulaner die Zuhörer- Er berichtete, dass es auf den Inseln weder Fabriken noch Umweltverschmutzung gäbe. „Warum haben wir dann Krebs und Gehirntumor?“

Durch eine Aktion von Greenpeace sei man darauf aufmerksam geworden, dass Moruroa absinkt, erläuterte Ching. Da die Insel zudem aufgrund der unterirdischen Atomversuche Risse zeige, beabsichtigten die Franzosen jetzt, die Versuche auf dem Atoll Fangataufa fortzusetzen- Dieses habe sich aber bei einem Bombenversuch um 20 Prozent geneigt. Sinkt eines der Atolle so würde dies eine Flutwelle auslösen, die Tausende von Polynesiern ins Meer spülen würde. „Atolle sind platt, da gibt es keine Berge, auf die man sich retten kann.“

Als „Opfer eines Atomtestkrieges“ sieht der BUND den Indianerstamm der Western Shoshone. Etwa 800 Atomwaffentests seien seit 1950 in der Wüste von Nevada durchgeführt worden. Seit 1963 werde nur noch unterirdisch getestet. „Und dann sahen wir im Westen unseres Landes Blitz und Donner, die Erde erzitterte“, schilderte Shoshone-Umweltsprecherin Pauline Esteves einen der ersten Tests. „Der Horizont wurde erst rot, dann weiß ... der berühmte Atompilz.“ Inzwischen formieren sich die Western Shoshone zum politischen Widerstand. So haben sie sich rund 50.000 Dollar zur Anfertigung einer eigenen Umweltverträglichkeitsstudie erkämpft, mit der sie sich gegen die Errichtung einer Endlagerstätte für radioaktive Stoffe auf ihrem Gebiet wehren wollen.

„Wir haben nichts zu feiern, wenn Australien dieses Jahr sein 200jähriges Jubiläum zelebriert“, meint Joan Wingfield von den australischen Kokotha. „Auf unserem Land finden Atomtests und Uranabbau statt, wir sind die Versuchstiere der westlichen Welt.“

Eine Untersuchung über die Folgen des Uranabbaus aus der besonders stark betroffenen Pine Ridge Reservation in Nordamerika belegt, dass dort in einem Testmonat des Jahres 1979 36 Prozent aller Schwangerschaften mit einer Fehlgeburt endeten. „Jedesmal, wenn ihr ein Licht anmacht und Atomstrom nutzt, solltet ihr an die Leben denken, die dieser Atomstrom bereits gefordert hat“, bat Joan Wingfield. Auf die Beteiligung deutscher und Schweizer Firmen am Uranabbau in Kanada und den USA verwiesen Marilyn Harris von den Hopi-Indianern und Faye Ahdemar und Adele Ratt von den Cree-Indianern hin. (Foto dpa)



Wir Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ trugen diesen Informationen Rechnung und betrieben konsequente Aufklärungspolitik bzgl. der Atomkraft und deren Folgen, was auch die folgende Zusammenstellung aus dem Materialienordner von Thea Scholler ausweist. Sie hatte sich in den 1980er Jahren in der Gruppe nicht zuletzt auf Energiefragen spezialisiert und war dadurch zu einer regelrechten Fachfrau geworden. Das folgende Papier, das die „Mütter gegen Atomkraft“ in der Folge verbreiteten, dokumentiert das profunde Fachwissen, das sie und andere Mitglieder der Gruppe sich angeeignet hatten.



Dadurch wurden sie zu für die Atomkraftbefürworter sehr unbequemen Kritikern, Gesprächs- und Diskussionsteilnehmerinnen, deren Argumenten die Befürworter nur zu oft nicht zu widerlegen wussten.

„Saubere“ Kernenergie?

Der Uranabbau und seine Folgen

Oft beginnt die „Kernenergie Diskussion“ erst mit dem Atomkraftwerk, die Schritte vom Uranerz bis zu den für das AKW nutzbaren Brennelementen werden wenig berücksichtigt. Noch weniger beachtet werden die Gefahren für die Uranbergarbeiter und die Bevölkerung in den Abbaugebieten. Sehr oft sind es Minderheiten (wie Indianer in den USA und Kanada oder Aborigines in Australien), die von den Auswirkungen am meisten betroffen sind.

Bei einer gemeinsamen Veranstaltung der Gesellschaft für bedrohte Völker und des BUND (Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.) im Evangelischen Bildungswerk in Regensburg mahnte Joan Wingfield von den australischen Kokotha:

„Jedesmal wenn ihr Licht anmacht und Atomstrom nutzt, sollt ihr an die Leben denken, die dieser Atomstrom bereits gefordert hat.“

(...)

Wo wird Uran abgebaut? – Einige Beispiele

Kanada

Kanada ist der größte Uranproduzent und –exporteur der westlichen Welt. Der Abbau konzentriert sich bislang hauptsächlich auf zwei Regionen: Elliot Lake (Ontario) und Nordsaskatchewan.

In Nordsaskatchewan sind 2/3 der Bevölkerung Dene- und Cree-Indianer. Fischfang und Jagd stellten bisher die Existenzgrundlage dieser Menschen dar und boten ihnen wirtschaftliche Unabhängigkeit. Durch den Uranabbau und die daraus resultierende Verseuchung von Trinkwasser, Fisch und anderen Nahrungsmitteln werden die Lebensgrundlagen dieser Menschen immer mehr gefährdet.

Die Uranerzlager in diesem Seengebiet zählen qualitativ und quantitativ zu den reichhaltigsten der Erde.

Abbauregionen in Nordsaskatchewan:

Uranium City:

1982 wird nach 30 Jahren der Uranabbau eingestellt. Mitte der 1980er Jahre muss wegen der hohen radioaktiven und Schwermetall-Belastung der Fischfang am Beavers Lake nahe Uranium City eingestellt werden.

Collin's Bay Mine:

Die Uranlagerstätte liegt unter der Oberfläche des Wollaston Lake. Dieser dient als Trinkwasserreservoir und ist auch für die Fischfang von Bedeutung. Weitere derartige Bergwerke sind geplant.

Cluff Lake:

Radiumabfälle werden in Zementcontainern verwahrt, von denen ein Teil schon nach wenigen Jahren geplatzt oder umgekippt war, wodurch mehr als 2,5 Tonnen radioaktiven Schlammes ausflossen.

Key Lake:

Dies ist eine der größten Uranminen der Welt, entdeckt von der deutschen Uranerzbergbau (UEB) mit finanzieller Unterstützung des Bundesministeriums für Forschung und Technik.

Natur- und Umweltzerstörung

Uranbergbau und Verarbeitung drohen nach und nach ein Gebiet von rund 100.000 qkm zu verseuchen. Kontaminiertes Wasser strömt über Flüsse und Seen in entferntere Regionen und führt so zur Verseuchung dieses weitverzweigten Wassernetzes. Die Umgebung der Bergwerke wird auf unabsehbare Zeit „getötete Erde“ bleiben. Wiederholt haben sich große Unfälle ereignet. 1984 flossen am Key Lake z.B. über 100 Mio. Liter radioaktiver Flüssigkeit in die Umgebung. Allein binnen dreier Monate kam es zu 12 größeren Lecks. Die Minengesellschaft wurde für schuldig befunden, eine Reihe von Seen illegal drainiert zu haben, aber es durfte trotzdem weitergearbeitet werden.

Zum Bild gehören ungesicherte stillgelegte Uranminen, ungefilterte Abgabe von Radongas, offenliegende, strahlende Abraumhalden und eine beträchtlich steigende Rate von Krebs und Missgeburten.

Der jahrelange verzweifelte Kampf der Bevölkerung gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen blieb erfolglos.



Northwest Territories;

Baker Lake:

Hier liegt die einzige Siedlung der Eskimos im Landesinneren von Kanada. Durch die mit den Bohrungen verbundenen Aktivitäten nahm die Zahl der Karibus (Rentiere) um über 50% ab. Diese Menschen sind aber stark auf die Karibus als Nahrungsversorgung angewiesen. Die Eskimos klagten, erhielten 1979 Recht, aber gleichzeitig wurde den Konzernen gestattet, mit der Ausbeutung der Bodenschätze fortzufahren. Seit ca. 20 Jahren ist hier die deutsche Urangesellschaft tätig.

Deutsche Uranfirmen in Kanada:

- **Uranerzbergbau GMvH (UEB)**, mit 100%iger Beteiligung an anderen Uranfirmen in Kanada.
- **Urangesellschaft (UG)**, ebenfalls mit 100iger% Beteiligung an anderen Uranfirmen in Kanada.
- **Interuran-Saarberg-Interplan Uran GmbH**. Fungiert dort als „Interuranium Canada“. Ohne Beteiligung und Investition ausländischer – sprich: hier deutscher – Gesellschaften könnte die kanadische Uranindustrie keinesfalls in derartigem Ausmaß expandieren.

USA

Die Landbasis der Indianer in den USA macht heute etwa 2% ihres ursprünglichen Landes aus. Dennoch werden seit Anfang der 1950er Jahre über 80% des Uranabbaus der USA auf Reservationsgebieten vorgenommen. In den Ministerien sind die Zuständigen für den Abbau in Reservationsgebieten teilweise identisch mit dem Spitzenmanagement der Abbaufirmen.. Der vom Gesundheitsministerium herausgegebene Atlas der Nationalen Krebsinstitute weist auf den engen Zusammenhang zwischen erhöhten Krebsraten und der Energiegewinnung in bestimmten Gebieten hin.

New Mexico:

Shiprock Mine:

Diese Mine, die 1970 geschlossen wurde, liegt in Navajoland. 1959 wurden die Strahlenwerte in der Mine auf das neunzig bis hundertfache der zulässigen Grenzwerte geschätzt, bis zur Schließung geschah aber nichts, um die Strahlenwerte zu senken. Die Lungenkrebsrate der Minenarbeiter ist unglaublich hoch. Durch die Trinkwasserverseuchung kam es zu einer dramatischen Erhöhung von Geburtsschäden in den flußabwärts liegenden Gemeinden. Die Regierung kann nicht auf Schadenersatz verklagt werden, da der Uranabbau der „nationalen Sicherheit“ dient.

Churchrock:

Die Kerr-McGee-Anlage pumpt täglich ca. 300.000 l Wasser aus dem Hauptstollen direkt in die örtlichen Wasserläufe. 1979 ereignete sich in der Uranmühle der United Nuclear Corporation der größte Unfall mit radioaktiven Substanzen in der Geschichte der USA. Ein Damm, der unter Wasser gesetzten Abraum zurückhielt, brach. Fast 400 Mio. Liter hochradioaktiven Wassers ergossen sich in den Rio Puerco. Mindestens zwei Monate vor dem Unfall waren Risse im Damm bekannt gewesen. Die einzige Wasserquelle der Navajos war unvorstellbar verseucht. United Nuclear lehnte es ab, die Bevölkerung mit Notrationen an Wasser und Nahrung zu versorgen.

South Dakota

1979 wird die Umweltschutzbehörde des Staates aufgelöst und der Behörde für Bodenschätze angegliedert, die sich auch mit Energieerzeugung befasst.

Black Hills_

Die Black Hills sind Heiliges Land mehrerer Indianerstämme (Lakota-Sioux, Cheyenne, Arapahoe). 420 qkm des Nationalparks sind von der Uransuche betroffen. Zu diesem Gebiet gehört Edgemont.

Edgemont:

1951 wurde hier Uran entdeckt. Die etwa 75 km entfernte Pine Ridge Reservation bekommt die Auswirkungen des Uranabbaus schon bald zu spüren. Eine Analyse des „US Geological Survey“ weist zwischen 1954 und 1956 hohe Werte an Radioaktivität im Trinkwasser der Reservation nach. Bekanntgegeben werden diese Werte allerdings erst 1975.

Bei einem Dammbruch gelangen 1962 etwa 200 t Abraum in den Cottonwood Creek und damit in die Trinkwasserversorgung der Pine Ridge Reservation.

Die Abraumhalden liegen, nur durch einen Zaun gesichert, wenige Meter von den Häusern entfernt neben dem Cheyenne River. Wind und Regen bringen den nuklearen Abfall in den Fluss, der ihn bis in den Missouri trägt. Eine einzige Uranmühle produziert stündlich 23 kg radioaktiven Staub. Filter werden nicht verwendet.

In den 1950er Jahren versicherten Verteidigungsministerium und Atomenergiekommission, dass von dem Uranabbau bei Edgemont keine Gesundheitsgefährdung ausgehe. Heute meinen dieselben Behörden, dass man wegen der starken Verseuchung dieses Gebiet als Endlager für radioaktive Abfälle verwenden sollte.



Da für einen großen Teil der Gebiete nach dem Uranabbau die Rückführung in den ursprünglichen Zustand praktisch unmöglich ist, sollen diese zu „Nationalen Opfergebieten“ erklärt und die Wiederherstellung gar nicht erst versucht werden.

Zum Bild auch der übrigen Abbaugelände gehören: Entlüftungsschächte, die Radon ins Freie blasen, zum Teil mitten in Siedlungen; ungeschützte Abraumhalden, offengelassene alte Minen, in denen Kinder spielen; verseuchte Wasserquellen zahlreicher Indianerstämme; mit Uranerz verseuchtes Ackerland; „strahlende“ Ortschaften, in denen Abraum beim Bau von Häusern und Straßen verwendet wurde; Kinder, die nach dem Baden in Flüssen ins Krankenhaus eingeliefert werden müssen; Krebs- und Fehlgeburtsraten, die um ein Mehrfaches über dem nationalen Durchschnitt liegen.

Deutsche Uranfirmen in den USA:

- **Saarberg-Interplan-Uran**
- **Uranerzbergbau GmbH (UEB)** mit Tochterfirmen
- **Urangesellschaft (UG)** mit mehreren 100%igen Tochterfirmen

Australien

In den 1940er Jahren begann in Australien die Uransuche. Heute produzieren zwei Minen, die „Ranger Mine“ und „Nabarlek“. Beide sind vom Kakadu Nationalpark umgeben, der auf der Liste der UNO für schützenswerte Naturgebiete steht. Im Osten des Nationalparks schließt sich Arnhemland an, ein Reservat der Aborigines, die sich gegen den Rohstoffabbau auf ihrem Land nicht wehren können.

Allein bei „Ranger“ fallen pro Jahr 1 Mio. Tonnen Abfallgestein an. Durch Abschwemmen von radioaktiven Substanzen und Schwermetallen ist das gesamte Gebiet zwischen den Minen und dem Meer gefährdet. Während der Regenzeit werden weite Gebiete des Nationalparks überschwemmt, die Flüsse und die Nahrung der Aborigines radioaktiv verseucht.

Außer für zwei Versuchsreaktoren benötigt Australien selbst kein Uran, das als wichtiger Exportartikel gilt. Die Bundesrepublik gehört zu den Hauptabnehmern.

Deutsche Uranfirmen in Australien:

- Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke über **Rheinbraun**
- **Urangesellschaft (UG)**, mit australischen Tochterfirmen
- **Saarberg-Interplan** mit australischer Tochterfirma
- **Uranerzbergbau GmbH** (Bonn), mit australischer Tochterfirma

Wie wird Uran gefördert?

Uran wird im Tage- und Untertagebau abgebaut. Das Gestein wird in Uranmühlen zu feinem Staub zermahlen. Anschließend wird das zermahlene Gestein in Säure ausgelaugt, wobei das Uran in Lösung geht. Nach weiterer Reinigung wird in einem mehrstufigen Prozess schließlich Uranoxid hergestellt, das man wegen der gelben Farbe auch „yellow cake“ nennt. Dies ist das Endprodukt der Uranmühlen, es wird in Fässer gefüllt und transportiert. Für die Verwendung im Kernkraftwerk muss das Uran noch angereichert (Erhöhung des Anteils des spaltbaren Uran-235 von ca. 0,7% auf ca. 3%) und zu Tabletten (Pellets) gepresst werden, die dann in die Brennstäbe gefüllt werden.

Einer einzigen Uranbaustelle gehen bis zu 500 Testbohrungen voraus. Die meist nicht abgesicherten Bohrlöcher verseuchen das Grundwasser radioaktiv und dort auch chemisch, wo die „in situ“-Methode angewandt wird (also Chemikalien in das Grundwasser gepumpt werden, um Uran und Gestein voneinander zu trennen).

Was wird noch zu Tage gefördert?

Als „Nebenprodukt“ entstehen beim Uranabbau riesige, strahlende Abraumhalden. Bei der Erzeugung von 1 kg „yellow cake“ bleiben bis zu 750 kg Abraum (engl. Tailings) zurück, die endgelagert werden müssen. Sie enthalten noch 85% der ursprünglichen Radioaktivität des Uranerzes. Außerdem fallen flüssige Abfälle (Abwasser, Schlamm) mit etwa dem doppelten Volumen der festen Abfälle an. Es werden Schwermetalle, Chemikalien und Säuren (Salzsäure, Schwefelsäure) freigesetzt, besonders aber radioaktive Isotope wie Radium und Radongas. Diese stellt als Alpha-Strahler die gefährlichste Form von Radioaktivität dar. Es gelangt durch die Atmung in den Körper, hat eine relativ kurze Halbwertszeit und zerfällt in zum Teil noch weit tückischere Isotope. In den Lungen festgesetzt, zerfallen diese sehr schnell und führen zu starker Verstrahlung, weshalb Lungenkrebs zu den häufigsten Todesursachen der Uranbergarbeiter zählt.

„Strahlende“ Folgen für Mensch und Umwelt

Die Halden werden 80.000 bis 100.000 Jahre lang Radongas freisetzen. Sie werden durch Wind und Wasser zersetzt und fortgeweht und gelangen teilweise in das Grundwasser. Um das Freiwerden von Radon und das Verblasen von radioaktivem Staub kostengünstig zu reduzieren, werden die „tailings“ oft unter Wasser gesetzt und die gesamte Abraumhalde dann durch einen Damm gesichert. Der Nachteil dieser Methode ist aber, dass die Radioaktivität so durch das Wasser leichter in den Boden gelangt und das Grundwasser verseucht. Mitunter kommt es auch zu Dammbrüchen.

Durch die Nahrungskette sammelt sich die Radioaktivität im menschlichen Körper an. Erhöhte Krebsraten, genetische Schäden und Missbildungen, auch in Gebieten, die nicht in unmittelbarer Nähe der Abraumhalden liegen, sind die Folgen.



Selbst das amerikanische Energieministerium schätzt, dass bei Menschen, die im Radius von 1 Meile (ca. 1,6 km) um eine Abraumhalde leben, das Krebsrisiko um 100% zunimmt.

Viele Unfälle haben sich beim Uranabbau und der Verarbeitung bereits ereignet. Ein Manager von Gulf Minerals (49% deutsche Beteiligung) gab bei einer offiziellen Anhörung fünf Jahre nach Abbaubeginn in der Rabbit Lake Mine (Kanada) auf die Frage nach der Zahl der bisherigen Strahlenunfälle zur Antwort: „Wahrscheinlich zu zahlreich, um sie zu zählen.“



(alle Fotos Wolfgang Nowak)



Zwischen dem 11. und 14.04.1988 besuchte auf Einladung der „Gesellschaft für bedrohte Völker“ und des „Evangelischen Bildungswerks“ von Regensburg eine Delegation von Menschen von Atomkraft bedrohter Völker auch die Oberpfälzer Donaumetropole. Die Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ stellten Übernachtungsmöglichkeiten für die Indianer, Aborigines und Südseeinsulaner zur Verfügung, die aus Gebieten mit Atomwaffenversuchen und Uranabbau kamen und deren Völker massiv unter den Folgen von radioaktiver Strahlung zu leiden haben.

Im Winter 1987 Frühjahr 1988 sammelten wir „Mütter gegen Atomkraft“ bei unseren Informationsständen und sonstigen Aktionen mit Einwendungslisten verschiedener Umweltschutzorganisationen Unterschriften für die für den Sommer geplanten Anhörungen gegen die WAA. Einzelne Mitglieder unserer Gruppe verfassten außerdem ausführlichere persönliche Einwendungen, die sie an das Bayerische Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen als zuständigen Adressaten sandten. Mehrfach wurden auch Infostände aufgebaut, um Passanten über aktuelle Entwicklungen zu informieren und weitere Informationen zu verbreiten. Außerdem beteiligten wir uns weiterhin an den Aktionen befreundeter Gruppierungen:

Info-Stand beim Regensburger Bürgerfest 1988



Auch an unserem Stand beim Regensburger Bürgerfest (24.-26.06.1988) informierten wir „Mütter“ die Passanten über die verheerenden Folgen von Uranabbau und Atomwaffenversuchen in Kanada, den USA, Australien und in der Südsee, wobei wir gegen Spenden die von Mitgliedern der Gruppe gebastelten Indianerhandpuppen verkauften



Auch an der „Regensburger Heimatwoche“ im Mai 1988 beteiligten wir „Mütter gegen Atomkraft“ uns und veranstalteten im „Farbkreis“ einen Nachmittag mit unseren Anti-WAA-Kasperltheaterstücken und anderen Aktivitäten.



*Im „Farbkreis“ während der „Regensburger Heimatwoche“
(Foto Herbert Baumgärtner)*

Diese Heimatwoche, die ursprünglich vom „Arbeitskreis Kultur Regensburger Bürger e.V.“ konzipiert worden war und zusammen mit verschiedenen Institutionen und Organisationen durchgeführt wurde, wurde in der Regensburger Lokalzeitung vom 12. Mai 1988 wie folgt angekündigt:

Mittwoch il./Donnerstag, „MZ“ 12. Mai 1988

„Mütter gegen Atomkraft“ ,bei, den „Regensburger Heimattagen‘

(mzn). Im Rahmen der „Regensburger Heimattage“ wollen die ‚Mütter gegen Atomkraft‘ unter dem Motto „Heimatpflege, anders“ am Sonntag von 15 bis 18 Uhr im „Farbkreis“ (Goldene Bärenstraße) in Form einer, kleinen Ausstellung über ihre bisherigen fast zweijährigen Aktivitäten informieren. Die „Mütter gegen Atomkraft“ setzen sich laut Imogen Pfarr-Otto für den Schutz ‚der Heimat ein und betätigen ‚sich „heimatpflegerisch“ insofern, als sie zunächst, einmal versuchen, im privaten Bereich Energie zu sparen, wo es möglich‘ ist, auf alternative Energiegewinnung. (Sonnenkollektoren) umzurüsten, überflüssigen Müll zu vermeiden, umweltschonend zu waschen, die Arbeit von Biobauern durch den Kauf von deren Produkten zu unterstützen und ähnliches mehr. An der Gestaltung des Nachmittags beteiligen sich auch ‚die „Regensburger Eltern“ sowie der „Regensburger Familienkreis“. Der Nachmittag wird mit einem Kinderkonzert eröffnet; daneben wird es zwei Kasperlstücke geben. Zwischendurch finden unter der Leitung von Eva Straßer vom „Regensburger Familienkreis“, Familientänze ‚statt. Nebenbei wird es einen Bazar mit Kinderkleidung, Spielsachen und sonstigen Dingen für Kinder geben, dessen Erlös dem‘ Rechtshilfefonds gegen die WAA zugutekommen soll.



Waldaktion: (Fotos Högerl)



Auf die durch den radioaktiven Fallout nach Tschernobyl verstrahlten Pilze und Wildschweine in den Wäldern unserer Heimat machten wir mit unserer „Waldaktion“ am 14.10.1988 in Form einer Mahnwache am Viereimerbrunnen in Regensburg aufmerksam.

„Herbstaktionen 88 gegen den Atomstaat“ im Oktober 1988

Protestzug zum WAA-Bauzaun

In Regensburg Mahnwache, Infostände, Musik, Umzug und Theater hs. An den dreitägigen „Herbstaktionen 88 gegen den Atomstaat“, die mit einem Großaktionstag in Wackersdorf am Samstag ihren vorläufigen Abschluss finden, beteiligen sich unter anderem auch acht Regensburger Gruppen und Initiativen. Auftakt der Aktivitäten wird an diesem Donnerstag um 20 Uhr eine Info-/Kulturveranstaltung der BIWAK im Brandlbräu sein; den Abschluss bildet dann die geschlossene Demonstration entlang des WAA-Baugeländes, wobei die GRÜNEN zur Fahrt nach Wackersdorf und zurück wieder einen Bus organisiert haben. Getragen werden die Mahnwachen und Infostände während der Herbstaktionen in Regensburg von der Initiative von Ärzten und Psychologen, der Bürgerinitiative Lappersdorf, dem Arbeitskreis Theologie und Kernenergie, der Stadtgruppe Pax Christi, den GRÜNEN, den Müttern gegen Atomkraft, der DKP und der BIWAK.

Wie BIWAK-Sprecherin Tine Strobel im Verlauf einer Pressekonferenz mitteilte, werden die diesjährigen Herbstaktionen mit der BIWAK- Veranstaltung am Donnerstag im Brandlbräu eröffnet. Zunächst wird der Schriftsteller Enno Brand („Die Staatsgewalt“) einen Vortrag zum Thema „Kriminalisierung des Widerstandes“ halten. „Wie soll das alles enden?“ lautet das Motto der vier sich anschließenden Theaterszenen, dargestellt vom Bürgerlich-Individualistischen-Widerstands-Aktions-Kabarett.





Eine „ganztägige Mahnwache“ soll dann am Freitag, 14. Oktober, am Vier-Eimer-Brunnen (Vier-Eimer-Gasse/Ecke Königsstraße) zwischen 10 und 18 Uhr stattfinden. Die Mahnwache beginnt mit einer der Aktion der „Mütter gegen Atomkraft“ und

steht unter dem Motto „Der verstrahlte Wald“. Nach Angabe von Mütter- Sprecherin Gabriele Baake-Weyrauch soll die Bevölkerung insbesondere auf die hochverstrahlten Pilze hingewiesen werden, ebenso auf die verseuchten Moose und Farne, ein Indiz dafür, dass auch das Wildbret hochbelastet sein muss. Für 11 Uhr ist dann ein kleiner Umzug geplant Kurzfristig abgesagt werden musste hingegen die geplante Donaudampfschiffahrt. Diese Aktion, „im

vergangenen Jahr ein beachtlicher Erfolg“, kann heuer nicht wiederholt werden, „weil angeblich alle Schiffe bereits ausgebucht sind. Ich vermute aber“, so Frau Baake-Weyrauch, „dass dies nur faule Ausreden sind.“ Die Donau hatte schon deswegen in die Widerstandsaktion miteinbezogen werden sollen, weil die Naab, die ja in die Donau mündet, als Vorfluter für die geplante WAA vorgesehen ist. Gabriele Baake-Weyrauch: „Als Ersatz können die Menschen symbolisch Grabkerzen kaufen, die dann in der Mitte des Kreises am Vier-Eimer-Brunnenbrennen sollen.“

„Genehmigungsschwierigkeiten“ gibt es laut Tine Strobel auch für den Infostand der BIWAK vor dem Alten Rathaus, „da dieser Platz ja offenbar für die Touristen freigehalten werde soll.“ Allerdings bemühen sich die Veranstalter um einen Ausweichplatz am nur wenige Meter entfernten Kohlenmarkt. Unter dem Stichwort „1

209 600 Sekunden unseres Lebens“ soll dann am Freitag um 14 Uhr für eine Überraschung gesorgt werden. Gegen 15.30 Uhr setzt sich dann ein Demonstrationzug der GRÜNEN in Bewegung, wobei vom Vier-Eimer-Brunnen die symbolischen gelben Fässer radioaktiven Inhalts zum Kohlenmarkt bzw. Alten Rathaus gerollt werden. Selbst wenn infolge dieser Aktion der Zorn der Autofahrer ausgelöst werden könnte, so soll GRÜNEN-Sprecherin Ingeborg Hubert

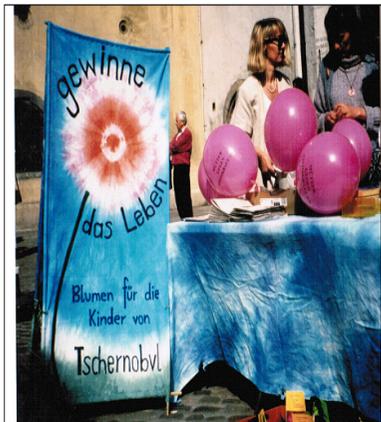
zufolge darauf hingewiesen werden, „dass aller Ignoranz zum Trotz niemand von der Gefahr ausgeschlossen ist, die von der Atomkraft ausgeht. Jeder aber kann mitwirken, diese Gefahren zu verhindern.“ Überdies wies Frau Hubert darauf hin, dass zum Großaktionstag in Wackersdorf wieder ein Busdienst eingerichtet sein wird. Abfahrt gegen 9 Uhr vom Hauptbahnhof, im Anschluss daran vom Dultplatz und noch einmal Zustiegmöglichkeit in Lappersdorf an der Haltestelle vor der Autobahnausfahrt.

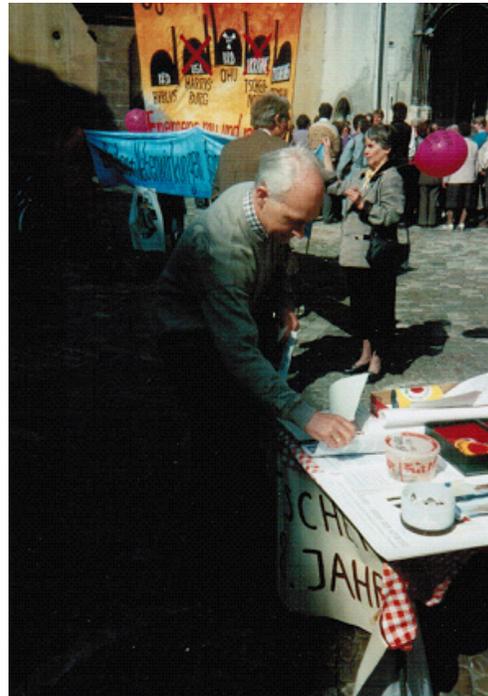
„Kritisch, gewaltfrei und ausdauernd“ lautet Christel Wacht zufolge das Motto des Arbeitskreises Theologie und Kernenergie, der eine gleichlautende Broschüre auf seinem Informationsstand in der Königsstraße vorstellen will.

Und wie auf der Pressekonferenz noch positiv vermerkt wurde, ist am Samstag – im Gegensatz zum vergangenen Jahr und mit Auflagen – der Demonstrationzug bis hin zum Bauzaun genehmigt worden.“

In der Adventszeit bauten wir „Mütter“ in der Regensburger Innenstadt einige Jahre lang einen Infostand mit einem großen Transparent auf. Eines der Mitglieder verkleidete sich dabei als Nikolaus und verteilte Plätzchen (zum Teil in Form von Anti-Atom-Zeichen) mit einem beigefügten Infoblatt







Um den 26.04., den Gedenktag des Super-GAUs von Tschernobyl, hatten wir „Mütter gegen Atomkraft“ mehrere Jahre lang vor dem Alten Rathaus inmitten der Altstadt von Regensburg einen Infostand mit großen Transparenten. Es wurden unter anderem Lose verkauft, mit denen ein Pflänzchen zu gewinnen war. In unserer unmittelbaren Nachbarschaft befanden sich dabei auch immer die Infostände des „Arbeitskreises Theologie und Kernenergie“ und der „Initiative von Ärzten und Psychologen für Frieden und Abrüstung e.V.“



Während einer weiteren Pflanzen-Verlosaktion vor dem Alten Rathaus in Regensburg erhoben wir „Mütter gegen Atomkraft“ die Forderung nach Strahlenschutz auch für Ungeborene und Säuglinge.





Mit den besten Grüßen

Auch mit einer Postkartenaktion wiesen wir WAA-Gegnerinnen auf die besonderen Gefahren für Ungeborene, Babys und Kleinkinder hin.



„Wurm“-Aktionen

An mehreren Regensburger Demonstrationen gegen die WAA nahmen „Mütter gegen Atomkraft“ mit ihrem genähten Wurm teil, in dem mehrere Mitglieder der Gruppe steckten.

(Fotos Herbert Baumgärtner)





Auch Besucher von auswärts wurden schon bei ihrem Eintreffen am Regensburger Bahnhof durch eine Plakatwand über den Wunsch von uns „Müttern gegen Atomkraft“ nach einer atom- und strahlenfreien Zukunft für ihre Kinder informiert.



Eine Delegation von uns Regensburger „Müttern gegen Atomkraft“ besuchte zusammen mit einigen unserer Kinder unter anderem auch den Bürgermeister von Wackersdorf und trug ihm ihre Bedenken in Bezug auf die geplante WAA vor.

(Foto Dieter Nübler, „MZ“ Regensburg)



Ein musikalischer Beitrag

Junge Atomkraftgegner und Musiker Niki Otto (Harfe und Viola) & Till Otto (Mandoline & Violine): Straßenmusikerkonzert in Regensburg zugunsten der „Kinder von Tschernobyl“ (für die „Mütter gegen Atomkraft“) („MZ“ vom 25.04.1994)

„In einem zweistündigen Konzert spielten am 25.04.1994 die beiden Regensburger Gymnasiasten Nikola Otto, 14

Jahre und Till Otto, 12 Jahre Werke von Bach, Boccherini, Beethoven über Pachelbel bis hin zu Justin Hayward und George Harrison fast 300 DM für den Verein „Mütter gegen Atomkraft“ ein, Die Organisation kaufte von Spendengeldern Güter, die in Kliniken und Waisenhäusern in Weißrussland und der Ukraine, den von der Katastrophe am stärksten betroffenen GUS-Staaten, gebraucht wurden. Die Initiative für das Straßenkonzert war dabei von der Mutter von Niki und Till, Frau Otto ausgegangen, die sich in dem Verein engagiert: „Unsere eigene Organisation hat insbesondere 1993 so wenig Spenden erhalten, dass wir nicht mehr als einen Hilfstransport finanzieren konnten. Weil es in der letzten Zeit keinen großen Knall in einem Atomkraftwerk mehr gegeben hat, ist die Gefahr für die Leute in weite Ferne gerückt. Vielleicht haben wir mehr Erfolg, wenn die Kinder mithelfen“. Eigentlicher Jahrestag ist nicht der 23., sondern der 26. April, wie die beiden jungen Musikanten wussten. „Am Wochenende zu spielen ist aber besser, weil dann mehr Leute in der Stadt sind und die auch mehr Zeit haben“, erläuterte Till den Zeitpunkt des Konzerts. Bei den Passanten gab es fast ausschließlich positive Resonanz. (...) Viele zeigten sich beeindruckt, dass Kinder ihre Freizeit opfern, um Gleichaltrigen zu helfen. Auch das Können der beiden jungen Musiker und der seltene Anblick einer Harfe trugen zum Wohlwollen der Zuhörer bei.“

Einige Stücke aus dem Repertoire von Nikola Otto und Till Otto im Straßen-Konzert für die „Kinder von Tschernobyl“ am 25.04.1994

- Präludium C-Dur aus dem Wohltemperierten HYPERLINK „http://de.wikipedia.org/wiki/Das_Wohltemperierte_Klavier“ Clavier HYPERLINK „http://de.wikipedia.org/wiki/Das_Wohltemperierte_Klavier“ I (BWV 846) (Harfe + Mandoline)
- Eleanor Plunkett (Turlough O' Carolan) (Harfe)
- Ausgewählte Stücke aus Fünfzehn Tänze, drei Märsche und andere Stücke (BWV Anh. 113-132) aus dem Notenbüchlein für Anna Magdalena Bach (Harfe + Violine/Mandoline)
- O' Carolans Concerto (Turlough O' Carolan) (Harfe)
- Largo (Antonio Vivaldi) (Mandoline + Harfe)
- Ainka (Uschi Laar) (Harfe)
- Andante mit Variationen in D-Dur (Ludwig van Beethoven) (Mandoline und Cembalo bzw. Harfe)
- Shi Bheag, Shi Mhor (Turlough O' Carolan) (Harfe)
- Sonatina für Mandolin and Piano, WoO 44a (Ludwig van Beethoven) (Mandoline + Harfe)
- Desirée (Uschi Laar) (Harfe)
- Kanon in D-Dur von Johannes Pachelbel (Mandoline + Harfe)
- Plaisir d'amour (Giovanni Battista Martini il Tedesco (Mandoline/Violine + Harfe)
- Fanny Power (Turlough O' Carolan) (Harfe)
- Sonate in D-Dur (Giovanni Paisiello) (Violine + Harfe)
- Der Schwan (aus dem „Karneval der Tiere“ von Camille Saint Saens) (Harfe + Violine)
- Trois petites notes (Text: Henri Colpi. Musique: Georges Delerue, 1961 – aus dem Film „Une aussi longue absence“ – dt. „Noch nach Jahr und Tag“) (Harfe + Mandoline)
- Nights in white Satin (Justin Haywards) (Geige + Harfe)
- Davids Song (Vladimir Cosma – aus dem Film „David Balfour“) (Geige + Harfe)



Bei einem Seminar des Bund Naturschutz in Wiesenfelden wurden die beiden Kasperltheater „Das Bauzaunfressen“ (s.o. S. 48) und „Der Kasperl heizt dem Teufel ein“ von Gerti Bachmann und Imogen Pfarr-Otto aufgeführt:

Der Kasperl heizt dem Teufel ein

Stube mit vielen Lampen und Elektrogeräten.

Alle Lampen brennen. Die Musik wird leiser, verstummt. Der Vorhang geht auf.

Teufel:

Tirili, tirila, ich, der Teufel bin schon da

Seht´s. alle Lampen brennen heiß

Dass mir gleich runtertropft der Schweiß

(laut)

Hölle auf Erden, genauso heiß muss´s hier werden

Alles was Strom frisst, mag ich gern

Baut´s noch mehr Atomkraftwerk´, ihr Herrn!

Und eine strahlende WAA

Ich, der Teufel, sag dazu: „Ja“!

Hölle auf Erden, heiß soll´s hier werden!

Und damit mein Plan gelingt,

Ich noch dumme Menschen find

Die verschwenden Öl, Gas, Strom

Juppheidi – die find ich schon! *(ab)*

Kasperl: *(kommt pfeifend auf die Bühne)*

Ja, was ist denn da los?

Warum brennen denn da am helllichten Tag alle Lichter?

Mei Großmuatta sagt immer, dass wir Strom sparen solln,

weil nämlich durch die Atomkraftwerke unsere schöne

Welt kaputt gemacht wird. Kinder, versprecht´s ihr mir,

dass ihr auf die Lampen aufpasst´s, dass mir keiner mehr die anschalt´, ja?

(schaltet alle Lampen aus)

Teufel: *(stürmt herein)*

Welcher Hornochs war so blöd, hat meine Lampen ausgedreht?

Das war bestimmt der Kasperl, he?

Den Energiespardeppen wenn ich seh!

Der pfuscht mir noch in meinen Plan mit seinem Energiesparwahn!

Ich muss ihn loswer´n, ziemlich bald, sonst wird´s auf Erden mir zu kalt.

Und ich weiß auch schon, jawoll, wie genau das gehen soll.

(laut) **He, Sie, Herr Oberpolizist!**

Polizist: *(kommt herein mit einem Knüppel in der Hand)*

Sie wünschen?

Teufel:

Sie, ich weiß wo einer ist!

Polizist:

Wer? Was? Wo? Halt! Stehenbleiben! Polizei!

Teufel:

Ein Demonstrant, so ein Chaos! *(Polizist schlägt einmal zu)*

Au, schlag´s doch mich nicht tot!

Der Kasperl ist der Kernkraftgegner, den soll er einsperr´n! Ja? Versteht er?

Er ist mit Zipfelmütz verummmt! Schaun´s, dass er bald im G´fängnis brummt!



Polizist:

Wo ist der Chaotenkerl denn, wo?

Teufel:

Ja, verhaun´s ihm gleich den Po!

Ich weiß, wie man ihn locken kann. Die Lichter an, alle Lichter an!!

(schaltet alle Lampen an)

Kasperl: *(kommt herein)*

Ja Kreizbirnbaumund hollerstaunnomal!

Jetzt brennen die Stromfresser schon wieder alle!

Ah, guten Morgen, Herr Wachtmeister!

Warum schau´n denn gar so böse –

und warum hams denn den Schlagstock in

der Ha.....auaaaaaaa *(Polizist schlägt zu)*

Hilfe! Ich hab doch gar nix gemacht! Aua!!, Helft´s mir,

Kinder schreit´s der Gretl! Aua! Aua! -

Gretl! Gretl! Hol an Nudlwalga! Auaaaaa !!! (ab)

Gretl: *(stürmt herein)*

Ja schamens eana denn überhaupt net, - auf mein armen

unschuligen Kasperl einschlag´n, Sie Unmensch!

Aber eana werd´i´s zoagn !!!!

(Gretl droht mit dem Nudlwalger)

Polizist: *(ängstlich)*

I glaub i geh doch lieber wieder Parksünder fangen!!

(Musik - Vorhang – Kulissenwechsel)

Im Wald

Teufel: *(mit dickem Geldsack)*

Die Polizeiidee war doch nicht gut.

Ich hab´ vielleicht ´ne Riesenwut! *(grunzt)*

Doch müsst´ ich nicht der Teufel sein,

fiel mir nicht gleich was Neues ein!

Der Räuber muss als Helfer ran.

Den lock ich mit dem Geldsack an!

Hell soll´s sein – auch in der Nacht!

Wartet´s ab, wie das der Teufel macht!

(versteckt sich halb hinter dem Geldsack, Gesicht von den Kindern abgewandt)

Räuber: *(schleicht sich ran, sich umblickend)*

Hoho, ein Geldsack, der g´hört jetzt mir!

Teufel: *(schnellt hoch)*

Halt, Freundchen, der bleibt jetzt noch hier!

Schaff´ mir erst den Kasperl ran. Der funkt mir dauernd in mein´Plan.

Räuber:

Was für´n Plan?

Teufel:

Hölle auf Erden! Heiß und hell soll´s hier werden!

Räuber:

Dann willst du wohl auch, dass hier in meinem Wald an jedem Baum eine Lampe hängen soll, die ganz hell strahlt?

Teufel:

Ja freilich – und das schon bald!



Räuber:

Schau, dass´d weiderkommst, du Räuberfeind! *(schubst den Teufel)*

(zu den Kindern) **Ja so was – will der doch glatt meinen schönen**

finstern Wald ausleuchten – da sehn mich ja alle gleich!

Such dir doch einen andern Dummen!

Mich legst du nicht rein, damischer Kerl....

(gibt dem Teufel eine Watschn – geht ab)

Teufel:

(wimmert lange in der Ecke – der Geldsack steht in der Mitte)

Eremit:

(kommt Gebete murmelnd herein, stutzt,

als er den Teufel sieht und wendet sich an die Kinder)

Liebe Kinder, saget an, wer ist denn dieser arme Mann?

Kinder: *(schreien)*

Der Teufel!!

Eremit:

Soso, der Teufel soll er sein? Das glaub ich nicht, ihr Kinderlein.

Ich bin der Pater Manfred.

(sieht sich um – schnappt sich den Geldsack)

Für diese Spende ich gern bet! *(schnell ab)*

Teufel: *(fährt hoch, flucht)*

Alleluja pazifix – wieder nix!

So ein Dreck - ´s Geld is weg ! (wimmert)

Aber ich geb mich nicht geschlagen.

Kasperl - es geht dir noch an´n Kragen!!

(Musik – Vorhang – Kulissenwechsel)

Flusslandschaft

Teufel: *(geht sinnierend und murmelnd auf und ab)*

Krokodil: *(taucht auf, verfolgt ihn)*

Teufel:

Wie krieg ich bloß den Kasperl, den Schlawiner?

Wie krieg ich bloß den Kasperl, den Schlawiner?

Krokodil:

(schnappt den Teufel am Rockzipfel, Teufel dreht sich um und erschrickt)

Teufel:

A G r ü n e r !!!

Du, Kroko, lass mich lieber aus!

Ich weiß dir ´nen viel bessren Schmaus.

(Das Krokodil knurrt)

Ich denk auf deinen leeren Magen

könnst du den Kasperl gut vertragen.

(Das Krokodil knurrt)

Und vor allem, Kroko, merk: Du tust damit ein gutes Werk,

Denn der Energiesparzwerg will ausschalten ´s Atomkraftwerk.

(Der Teufel zeigt aufs AKW)

Aus dem Kraftwerk kommt zum Fluss das warme Wasser – dein Genuss!!

Krokodil: Was? Das soll er mit dem Leben büßen!

Teufel: ch schleich´ mich weg auf leisen Füßen.

Kasperl: *(kommt herein)*

So und jetzt geh ich rein und schalt das Teufelszeug ab.

Das muss ein Ende haben mit dem Wahnsinn.

(das Krokodil schleicht hinter ihm her, schnappt vergeblich nach ihm)

(Lied : „Here comes the sun“ von den Beatles

über der Flusslandschaft geht eine große Sonne auf)





(Foto Winter, Wackersdorf)

Natürlich waren auch wir Regensburger „Mütter gegen Atomkraft“ immer wieder bei Kundgebungen, Demonstrationen und anderen Aktionen in und um Wackersdorf sowie am Bauzaun mit verschiedenen Transparenten vertreten, um offen Flagge gegen das geplante Vorhaben zu zeigen.

Transparente der „Mütter gegen Atomkraft“

(Fotos Imogen Pfarr-Otto)

Weihnachtstransparent 1986 der „Mütter gegen Atomkraft“



Atomarer Super-GAU 1986



(Transparente und Fotos Imogen Pfarr-Otto, Regensburg)

Dabei wurden verschiedene Transparente für spätere Kundgebungen und Demonstrationen, an denen die „Regensburger Mütter gegen Atomkraft“ teilnahmen, jeweils aktualisiert ...

... so zum 25.



... und zum 26. Jahrestag von Tschernobyl

